



AgEcon SEARCH
RESEARCH IN AGRICULTURAL & APPLIED ECONOMICS

The World's Largest Open Access Agricultural & Applied Economics Digital Library

This document is discoverable and free to researchers across the globe due to the work of AgEcon Search.

Help ensure our sustainability.

Give to AgEcon Search

AgEcon Search
<http://ageconsearch.umn.edu>
aesearch@umn.edu

*Papers downloaded from **AgEcon Search** may be used for non-commercial purposes and personal study only. No other use, including posting to another Internet site, is permitted without permission from the copyright owner (not AgEcon Search), or as allowed under the provisions of Fair Use, U.S. Copyright Act, Title 17 U.S.C.*

Metzdorf, H.-J.: Der Milchmarkt in der EWG – ein ausgewählter Fall. In: Schmitt, G.:
Möglichkeiten und Grenzen der Agrarpolitik in der EWG. Schriften der Gesellschaft
für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Landbaues e.V., Band 6, Münster-Hiltrup:
Landwirtschaftsverlag (1969), S. 97-130.

Der Milchmarkt in der EWG - ein ausgewählter Fall

VON HANS-JÜRGEN METZDORF

| | | |
|-------|---|-----|
| 1 | Einleitung | 97 |
| 2 | Das Angebot: Entwicklung der Milcherzeugung | 100 |
| 2.1 | Bundesrepublik Deutschland | 100 |
| 2.1.1 | Die Milchkuhbestände | 100 |
| 2.1.2 | Die Milchleistungen | 103 |
| 2.1.3 | Die Milchproduktion | 104 |
| 2.2 | Die Milchproduktion in den EWG-Ländern | 106 |
| 3 | Die Nachfrage: Verbrauchsentwicklung bei Milch und Molkerei- produkten | 108 |
| 3.1 | Bundesrepublik Deutschland | 108 |
| 3.1.1 | Frischmilch | 108 |
| 3.1.2 | Sonstige Trinkmilch | 109 |
| 3.1.3 | Sahne und Kondensmilch | 110 |
| 3.1.4 | Butter | 111 |
| 3.1.5 | Käse und Speisequark | 112 |
| 3.1.6 | Milch und Molkereierzeugnisse insgesamt | 114 |
| 3.2 | Der Verbrauch von Milch und Molkereiprodukten in den EWG- Ländern | 114 |
| 4 | Die Milchmarktpolitik in der Diskussion von Wissenschaft und Praxis | 115 |
| 4.1 | Die Stützungs-, Ausgleichs- und Subventionspolitik in der Bundes- republik Deutschland 1950 bis 1964 | 115 |
| 4.2 | Die Milchmarktregelungen in der EWG seit 1964 | 118 |
| 4.2.1 | Zur Höherbewertung des Milcheiweißes in der EWG | |
| 4.2.2 | Der Einfluß der Preisrelation Milch: Schlachtrinder auf die Milch- erzeugung | 120 |
| 4.3 | Exkurs: Probleme der Milchmarktregelungen im Ausland | 121 |
| 4.3 | Exkurs: Probleme der Milchmarktregelungen im Ausland | 122 |
| 5 | Anpassung von Milcherzeugung und -verbrauch im EWG-Raum | 123 |
| 5.1 | Verbrauchssteigerungen bei Milch und Molkereiprodukten | 123 |
| 5.2 | Exportmöglichkeiten für Molkereiprodukte | 125 |
| 5.3 | Drosselung des Produktionsanstiegs bei Milch | 126 |
| 6 | Möglichkeiten zur Drosselung der Milchproduktion | 126 |
| 6.1 | Freigabe oder Senkung des Milcherzeugerpreises | 126 |
| 6.2 | Kontingentierung von Milcherzeugung oder -anlieferung | 128 |
| 6.3 | Sonstige Maßnahmen zur Drosselung der Milchproduktion | 128 |
| 6.4 | Gesichtspunkte zur Drosselung der Milchproduktion im EWG-Raum | 129 |
| 7 | Schlußbemerkung | 130 |

1 Einleitung

Einen einheitlichen, gemeinsamen Milchmarkt im EWG-Raum gibt es bisher nicht. Bei dem Rückblick, der zu einer Analyse der bisherigen Entwicklung und einer Beurteilung des künftigen Verlaufs notwendig ist, ist daher nur eine Addition von sechs

nationalen Milchmärkten möglich; diese haben sich in ihrer Milchmarkt- und -preispolitik allerdings seit 1964 schon in einigen Punkten einander genähert. Im großen und ganzen bleibt jedoch – auch im Hinblick auf die verfügbaren Daten – nur der Weg, die Probleme des Milchmarktes am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland zu behandeln und auf Gemeinsamkeiten und Abweichungen in den anderen Ländern hinzuweisen. Besonders wichtig dürfte es sein, bei einzelnen Faktoren, die die Entwicklung des Gemeinsamen Milchmarktes beeinflussen, herauszustellen, ob sie sich in den Mitgliedsländern der EWG möglicherweise unterschiedlich auswirken, z. B. die Reaktionen auf den gemeinsamen Milcherzeugerpreis in den Ländern mit bisher niedrigerem und denen mit bisher höherem Preis.

Über das Problem des EWG-Milchmarktes besteht weitgehend Übereinstimmung; das Milchangebot wächst stärker als die Nachfrage nach Milch und Molkereiprodukten. Deutlichstes Zeichen für die sich verschärfende Überschusssituation ist das Anwachsen der Butternvorräte in der EWG (vgl. Tabelle 1). Der stärkste Zuwachs war zwischen dem 1. 4. 1967 und dem 1. 4. 1968 um 62 000 t, d. h. um fast ebensoviel wie vorher in den drei Jahren vom 1. 4. 1964 bis zum 1. 4. 1967. Bis zum Frühjahr 1969 dürften die Vorräte weiter um mehr als 100 000 t wachsen.

TABELLE 1 Die Butternvorräte in der EWG, jeweils am 1. April (1000 t)

| Land | 1963 | 1964 | 1965 | 1966 | 1967 | 1968 |
|---------------|------|------|------|------|------|------|
| BRD | 26 | 30 | 40 | 47 | 56 | 75 |
| Niederlande | 3 | 1 | 7 | 8 | 8 | 16 |
| Belgien | 0 | 1 | 1 | 3 | 2 | 5 |
| Frankreich | 25 | 26 | 22 | 45 | 57 | 89 |
| EWG insgesamt | 54 | 58 | 70 | 103 | 123 | 185 |
| dgl. Zunahme | . | +4 | +12 | +33 | +20 | +62 |

Quelle: Zusammengestellt nach ZMP, Vierteljahresbericht und Europamarkt-Milch.

Aufschlußreich ist auch ein Rückblick auf die Entwicklung der Selbstversorgung des EWG-Raumes mit Milch und Molkereiprodukten auf Vollmilchbasis. Im Durchschnitt der fünfziger Jahre war die Versorgung des EWG-Raumes ungefähr ausgeglichen; geringe Überschüsse wurden vom Weltmarkt, d. h. von Drittländern, verhältnismäßig reibungslos – z. T. im Qualitätsaustausch – aufgenommen. Bereits Anfang der sechziger Jahre wurde der Milchüberschuß des EWG-Raumes größer und konnte nicht mehr so leicht exportiert werden. Auch andere Länder hatten Absatzsorgen, weil ihre Milchproduktion schneller stieg als der Verbrauch. Als äußeres Zeichen für die Verengung des Weltmarktes sei hier nur erwähnt, daß Großbritannien seine Buttereinfuhren im Herbst 1961 kontingentiert hat. Seit Mitte der sechziger Jahre nimmt die Milcherzeugung in der EWG stark zu. Für 1967 ergibt sich nach z. T. erst vorläufigen Daten eine Selbstversorgung bei Milch und Milchprodukten von etwa 106%, d. h. in der EWG wurden über 4 Mill. t (= 6%) Vollmilch (einschl. Ziegen- und Schafmilch) mehr erzeugt, als zur Ernährung und Verfütterung verbraucht wurden.

Die Lösung des Überschussproblems erfordert eine Anpassung von Milchproduktion und -nachfrage. Eine politische Hypothek, die jede Lösung erschwert, ist der gemeinsame Richtpreis von 39 Pf/kg ab Hof oder von 41,2 Pf/kg frei Molkerei (bei 3,7% Fett), auf den man sich schon 1966 geeinigt hatte. Da dieser Richtpreis bei dem steigenden Milchangebot nicht am Markt zu realisieren ist, müssen Mittel für Interventions- und Stützungsmaßnahmen bereitgestellt werden. Ursprünglich hatte die Kommission bei der Regelung des Milchmarktes die Gesamtkosten für das Jahr 1970 auf 1,8 Milliarden DM geschätzt. Später rechnete man für das erste gemeinsame Milchwirtschafts-

jahr, das schon am 1. 4. 1968 beginnen sollte, mit Kosten von rd. 3 Mrd. DM, und es scheint, daß sich die Politiker inzwischen auch mit Kosten von 4 Mrd. DM jährlich abgefunden hatten. Falls es bei den vom Europäischen Ministerrat beschlossenen Interventions- und Stützungsmaßnahmen bleibt, kostet jedoch die EWG-Milchmarktordnung im Milchwirtschaftsjahr 1969/70 nach neueren Berechnungen von Experten der Bundesregierung voraussichtlich 5,1 Mrd. DM.

Seit November 1964 sind bereits gemeinsame Regeln für den Werkmilchmarkt in Kraft. Die Entscheidung über die künftige Handhabung der Trinkmilchmärkte stand dagegen sehr lange aus; es fielen lediglich Vorentscheidungen darüber, was nicht gemacht werden sollte. Künftig entfallen u. a. die „Marktspaltung“, d. h. die Trennung des Trinkmilchmarktes mit höherer Verwertung und des Werkmilchmarktes, ferner die dazugehörige Festlegung von Einzugs- und Absatzgebieten der Molkereien und der Trinkmilch/Werkmilch-Ausgleich, der die Molkereien entschädigt, die sich nicht durch Trinkmilchverkäufe an der günstigeren Verwertung von Trinkmilch aller Art beteiligen können. Entschieden war auch der Abbau der Milchsubventionen, wie sie im Bundesgebiet als Förderungszuschläge des Bundes und der Länder seit April 1957 gezahlt wurden. Diese bisher im Bundesgebiet geltenden Regelungen bleiben teilweise noch zunächst in Kraft oder wurden — wie die Förderungszuschläge — allmählich abgebaut. Die Zahlung der Förderungszuschläge und des Trinkmilch/Werkmilch-Ausgleichs wurde bereits Ende Juli 1968 eingestellt.

Sehr lange war noch offen, wie die Märkte der übrigen Nahrungsfette (vor allem Margarine und Speiseöle) in der EWG geregelt werden sollten; die Politik bei den Konkurrenz- und Substitutionsprodukten der Butter wirkt sich selbstverständlich auf den Butter- und damit auf den Milchmarkt aus. Lange verhandelt wurde über die bereits 1963 grundsätzlich beschlossene Fettabgabe mit einem Aufkommen von rd. 350 Mill. DM in der EWG; dabei ging es u. a. um die Verwendung dieser Mittel: zur Entlastung des EWG-Agrarfonds oder für spezielle Stützungen auf dem Buttermarkt. Für die fünf anderen Partnerländer bedeutet die Fettabgabe eine Belastung von 14 Pf/kg Margarine (= 11 Pf/kg Reinfett). Die Bundesrepublik will die Margarineabgabe nicht erheben und ihren Anteil aus Haushaltsmitteln aufbringen.

Als das BML Ende 1967 wohl unter dem Eindruck der allgemeinen wirtschaftlichen Stagnation und der angespannten Lage der öffentlichen Haushalte Möglichkeiten einer besseren Anpassung der Milchproduktion an die Nachfrage zur Diskussion stellte [30], war zu hoffen, daß die auf lange Sicht unbedingt notwendigen Entscheidungen auf dem Milchmarkt nunmehr fallen würden. Das kurze Zeit später folgende Gutachten des Wissenschaftlichen Beirates beim BML [52] ließ auch baldige Entscheidungen erwarten. Seitdem ist aber in den EWG-Verhandlungen grundsätzlich alles beim alten geblieben. Man schiebt die Dinge vor sich her und scheint sich damit abzufinden, daß die Kosten der Milchmarktregelungen weiter steigen werden. Wenn man von Jahr zu Jahr steigende Kosten als erforderlich und notwendig anerkennt, weil das beschlossene Milchpreisniveau als Schlüssel für die Verbesserung der Einkommenslage bäuerlicher Familienbetriebe gilt, ist damit zu rechnen, daß eines Tages die Finanzminister ein hartes „Nein“ gegen weitere Kostensteigerungen bei der Milchmarktregelung setzen müssen.

Aufgabe dieses Beitrages ist es, aus den Erfahrungen seit 1949 Möglichkeiten und Grenzen der Markt- und Preispolitik bei Milch- und Molkereierzeugnissen zu umreißen. Der Betriebszweig „Milchproduktion“ kann selbstverständlich nicht nur aus der Sicht des Marktes betrachtet werden, das gleiche Gewicht dürften die Probleme der Struktur- und Sozialpolitik haben. Letzten Endes geht es um die Sorgen und Nöte der Landwirte und Bauern, die Milch produzieren. Die Frage ist jedoch, ob und wie weit man Sozialpolitik mit Instrumenten der Markt- und Preispolitik treiben kann.

2 Das Angebot: Entwicklung der Milcherzeugung

Der Milchanfall hängt von der Zahl der Milchkühe und ihren Leistungen ab.

2.1 Die Milchproduktion in der Bundesrepublik Deutschland

2.1.1 Die Milchkuhbestände

Im Dezember 1967 wurden im Bundesgebiet 5,86 Millionen Milchkühe gezählt. Diesen Umfang hatte der Kuhbestand bereits 1953 nach dem Wiederaufbau in der Nachkriegszeit erreicht. In der Zwischenzeit schwankte die Zahl der Kühe zwischen 5,56 und 5,92 Millionen. Für den Rückgang der Kuhbestände zwischen 1953 und 1958 wird meist – allerdings nicht mit Recht, wie noch gezeigt wird – die Tb-Sanierung der Rinderbestände, die sich im wesentlichen in dieser Zeit vollzog [16, S. 70], verantwortlich gemacht. Anschließend bis 1962 wurden die Kuhbestände kräftig aufgestockt; nach einem Rückschlag halten sie sich jetzt seit 1965 ungefähr auf dem gleichen Stand.

Die Entwicklung der Kuhbestände im Bundesgebiet läßt sich sicherlich nicht global erklären, weil sich bei der Milchviehhaltung in den verschiedenen Betriebsgrößen und -typen die gleichen Faktoren (u. a. Milchpreis, Schlachtrinderpreis) sehr unterschiedlich auswirken.

Einen ersten Einblick bieten die regionalen Unterschiede in den Bestandsentwicklungen. Im Bundesgebiet war der Milchkuhbestand 1967 um 1,2% größer als 1960. Stärkere Zunahmen in diesem Zeitraum als im Bundesdurchschnitt zeigen Schleswig-Holstein (+11,5%) und Bayern (+7,1%) sowie der Kammerbezirk Weser-Ems (+6,5%). Leicht abgenommen haben die Bestände in Nordrhein-Westfalen (-2,5%) und im Kammerbezirk Hannover (-1,6%). Erheblich stärker ist der Bestandsabbau jedoch – vor allem seit 1962 – in Baden-Württemberg (-5,0%) und in Hessen (-5,7%) sowie besonders in Rheinland-Pfalz (-11,3%). Die stärksten Verminderungen der Kuhhaltung sind in den Gebieten mit überwiegend kleinbäuerlicher Struktur zu beobachten, die stärksten Aufstockungen dagegen in den Gebieten mit überwiegend größeren bäuerlichen Betrieben und in den Grünlandgebieten in Nord und Süd. Die regionalen Unterschiede zeigen schon die enge Verknüpfung der Milchviehhaltung mit dem Strukturproblem [41].

Weiter ist zu beachten, daß die Zahl der Rindviehhalter im Bundesgebiet von 1,57 Millionen im Jahre 1949 auf 0,99 Millionen 1967 um 0,58 Millionen, d. h. um mehr als ein Drittel, abgenommen hat. Rindviehhalter können hier praktisch den Kuhhaltern gleichgesetzt werden. Dieser zahlenmäßige Rückgang der Rindviehhalter begleitete die Abnahme der landwirtschaftlichen Klein- und Kleinstbetriebe. Hieraus ergibt sich folgende hypothetische Berechnung: Mit der Aufgabe der Rinder- bzw. Milchviehhaltung in 580 000 Betrieben müssen nämlich zwischen 1949 und 1967 mindestens 580 000 Milchkühe abgeschafft worden sein; sicherlich haben aber auch Betriebe mit mehr als einer Kuh die Milchviehhaltung aufgegeben. Es kann daher wohl unterstellt werden, daß der durchschnittliche Kuhbestand in den 580 000 Betrieben zwischen 1 und 2 Kühen gelegen hat (vgl. hierzu Abb. 1). Setzt man die beiden Grenzwerte von 0,58 bzw. 1,16 Millionen Kühen von dem Milchkuhbestand des Jahres 1949 ab, so bleibt – selbstverständlich in grober Annäherung – der Kuhbestand, den die 990 000 Rindviehhalter, die 1967 gezählt wurden, im Jahre 1949 schätzungsweise gehabt haben. Die Kuhbestände der Betriebe, die zwischen 1949 und 1967 aufgegeben haben, vermindern sich dann von Jahr zu Jahr um den Rückgang der Rindviehhalter mal 1 bzw. 2 Kühen (schraffierte Flächen in Abb. 1). Unten bleibt die nicht schraffierte Fläche (bei durchschnittlich 2 Kühen je aufgebenden Betrieb) für die Entwicklung der Kuhbestände der 990 000 Rindviehhalter des Jahres 1967 in den Jahren zwischen 1949 und 1967.

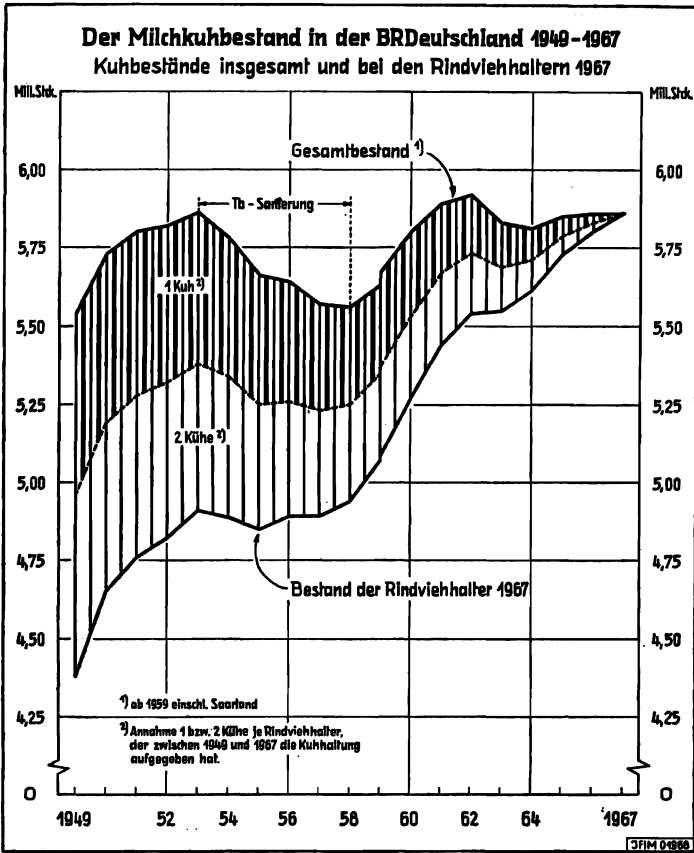


Abb. 1

Festzuhalten bleibt danach, daß sich die Kuhbestände in den 990 000 Rinderhaltungen des Jahres 1967 bei durchschnittlich einer Kuh, noch mehr aber bei durchschnittlich zwei Kühen je aufgebenden Betrieb viel stetiger vergrößerten als der Gesamtkuhbestand und daß auch die Verminderung der Kuhbestände zwischen 1953 und 1958 weniger der Tb-Sanierung als vor allem dem Aufgeben von Klein- und Kleinstkuhhaltungen zuzuschreiben ist. Lediglich 1963 zeigte sich eine leichte Verminderung der Kuhbestände in den 990 000 Betrieben von 1967, die aber auch viel schwächer als der damalige Rückgang des Gesamtkuhbestandes war.

Weitere Einblicke in die Struktur und Entwicklung der Kuhbestände nach Umfang (Zahl der Kühe) und Größe der landwirtschaftlichen Nutzfläche der kuhhaltenden Betriebe liegen leider nur für einige Jahre vor, für 1949 und 1960 Ergebnisse der landwirtschaftlichen Betriebszählungen und für 1959, 1963 und 1965 Sonderauswertungen der allgemeinen Viehzählungen im Dezember. In der Tabelle 2 werden nur die Daten von 1949, 1959 und 1965 ausgewertet. Die für 1967 erwarteten Ergebnisse waren erst Ende Oktober 1968 verfügbar; sie zeigen die bisher beobachteten Tendenzen. Von 1949 bis 1965 hat sich im Bundesgebiet die Zahl der Betriebe mit Milchkuhhaltung (ohne Saarland) um 574 000 vermindert. Dahinter stehen jedoch ein Rückgang um 767 000 Betriebe mit 1 bis 5 Milchkühen und eine Zunahme um 193 000 Betriebe mit 6 und mehr Kühen. Bei einer Aufteilung der milchkuhhaltenden Betriebe nach ihrer landwirtschaftlichen Nutzfläche zeigt sich ein Rückgang von 612 000 Milch-

TABELLE 2 Die Milchkuhhaltung im Bundesgebiet 1949, 1959, 1965 und 1967 (1000 Betriebe)

| Betriebsgröße und Jahr | Norden | | | Süden ¹⁾ | | | Bundesgebiet ¹⁾ | | |
|---------------------------|--------------------------|---------------|----------------|---------------------|---------------|----------------|----------------------------|---------------|----------------|
| | Betriebe mit Kühen | | | | | | | | |
| | 1 bis 5 | 6 und mehr | insge- samt | 1 bis 5 | 6 und mehr | insge- samt | 1 bis 5 | 6 und mehr | insge- samt |
| unter 1949 | 347 | 4 | 351 | 825 | 14 | 839 | 1172 | 18 | 1190 |
| 10 ha 1959 | 212 | 14 | 226 | 567 | 38 | 605 | 779 | 52 | 831 |
| LN 1965 | 132 | 18 | 150 | 375 | 53 | 428 | 507 | 71 | 578 |
| Veränderung | | | | | | | | | |
| 1965 : 1949 | -215 | +14 | -201 | -450 | + 39 | -411 | -665 | + 53 | -612 |
| 1959 | - 80 | + 4 | - 76 | -192 | + 15 | -177 | -272 | + 19 | -253 |
| 1967 : 1965 | . | . | . | . | . | . | - 71 | + 7 | - 64 |
| 10 und 1949 | 70 | 106 | 176 | 117 | 84 | 201 | 187 | 190 | 377 |
| mehr 1959 | 47 | 136 | 183 | 84 | 137 | 221 | 131 | 273 | 404 |
| ha LN 1965 | 26 | 149 | 175 | 59 | 181 | 240 | 85 | 330 | 415 |
| Veränderung | | | | | | | | | |
| 1965 : 1949 | - 44 | +43 | - 1 | - 58 | + 97 | + 39 | -102 | +140 | + 38 |
| 1959 | - 21 | +13 | - 8 | - 25 | + 44 | + 19 | - 46 | + 57 | + 11 |
| 1967 : 1965 | . | . | . | . | . | . | - 11 | + 4 | - 7 |
| Insgesamt | | | | | | | | | |
| 1949 | 417 | 110 | 527 | 942 | 98 | 1040 | 1359 | 208 | 1567 |
| 1959 | 259 | 150 | 409 | 651 | 175 | 826 | 910 | 325 | 1235 |
| 1965 | 158 | 167 | 325 | 434 | 234 | 668 | 592 | 401 | 993 |
| Veränderung | | | | | | | | | |
| 1965 : 1949 | -259 | +57 | -202 | -508 | +136 | -372 | -767 | +193 | -574 |
| 1959 | -101 | +17 | - 84 | -217 | + 59 | -158 | -318 | + 76 | -242 |
| 1967 : 1965 | . | . | . | . | . | . | - 82 | + 11 | - 71 |

¹⁾ Ohne Saarland; 1965–1967 einschl. Saarland.

Quelle: Statistisches Bundesamt: Viehhaltung in den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben (LBZ 1949). (Statistik der Bundesrepublik Deutschland Bd. 24, H. 1.) – Die Kleingärten und landwirtschaftlichen Kleinbetriebe unter 0,5 ha (1950). „Wirtschaft und Statistik“, Jg. 3 N. F. (1951), S. 400 und 1063*. – Schweine- und Milchkuhbestände im Verhältnis zur landwirtschaftlichen Nutzfläche nach der allgemeinen Viehzählung am 3. 12. 1959. „Statistische Berichte“, Arb. Nr. III/15/84. – Schweine-, Milchkuh- und Geflügelbestand im Verhältnis zur landwirtschaftlichen Nutzfläche 1965 (Fachserie B, Reihe 3, I): – BML: Milchkuhhalter 1967. „Statistische Monatsberichte“, Oktober 1968, S. 712.

kuhhaltern, die weniger als 10 ha LN bewirtschaften, und eine Zunahme um 38 000 kuhhaltende Betriebe mit 10 und mehr ha LN. Das Schwergewicht der Zunahme liegt bei den Betrieben mit mehr als 5 Kühen, die 10 und mehr ha LN bewirtschaften; ihre Zahl hat sich von 190 000 (1949) auf 330 000 (1965) erhöht und um weitere 4000 bis 1967.

Diese Entwicklungen sind sowohl im Norden als auch im Süden des Bundesgebietes zu beobachten. Die Feststellungen treffen auch für den Zeitraum zwischen 1959 und 1965 zu. Der Zug zur Vergrößerung der Kuhhaltung, vor allem in den größeren landwirtschaftlichen Betrieben, stößt jedoch auf eine Grenze. 1949 gab es im Bundesgebiet

rd. 14 700 kuhhaltende Betriebe, die mehr als 50 ha LN bewirtschafteten; ihre Zahl hatte zwischen 1949 und 1959 noch um fast 1000 zugenommen, und zwar im Norden (vgl. Tabelle 3). Von 1959 bis 1965 ging die Kuhhaltung jedoch in Nord und Süd in den Betrieben mit mehr als 50 ha LN zurück.

TABELLE 3 Die Milchkuhhaltung im Bundesgebiet in landwirtschaftlichen Betrieben mit 50 und mehr ha LN 1949, 1959, 1965 und 1967 (Zahl der Betriebe)

| Jahr | Norden | Süden ¹⁾ | Bundesgebiet ¹⁾ | Bundesgebiet ²⁾ |
|------|--------|---------------------|----------------------------|----------------------------|
| 1949 | 10 912 | 3 806 | 14 718 | . |
| 1959 | 12 054 | 3 627 | 15 681 | . |
| 1965 | 11 035 | 2 810 | 13 845 | 13 909 |
| 1967 | . | . | . | 12 926 |

¹⁾ Ohne Saarland. – ²⁾ Einschl. Saarland und Berlin (West).

Quelle: Vgl. Tabelle 2.

Ein Teil dieser Entwicklungen, vor allem das Aufgeben der Kuhhaltung im Zuge der strukturellen Verminderung der landwirtschaftlichen Betriebe, wurde sicherlich kaum von der Entwicklung des Milcherzeugerpreises unmittelbar beeinflusst. Der Rückgang in den größeren Betrieben (über 50 ha LN) dürfte in erster Linie durch die hohen Lohnkosten eines Melkers ausgelöst worden sein, vor allem, wenn sich andere vorteilhaftere Betriebszweige als Alternative boten. Aufgestockt wurden die Kuhbestände in den Familienbetrieben zwischen 10 und 50 ha LN, darunter vor allem in den Betrieben mit höherem Grünlandanteil. Wenn sich die Kuhhaltung in den letzten 15 Jahren in den verschiedenen Betriebsgrößen und -typen so unterschiedlich entwickelt hat, kann die Entwicklung des Kuhbestandes im Bundesgebiet als Resultierende aus z. T. gegenläufigen Tendenzen kaum als Ganzes erklärt werden. Homogene Schichten mit einheitlichen Tendenzen lassen sich jedoch mit den verfügbaren statistischen Daten in ihrer richtigen Gewichtung am Gesamtkuhbestand nicht bilden.

Die weitere Entwicklung des Gesamtkuhbestandes hängt davon ab, ob sich die Aufstockung zu optimalen Bestandsgrößen ungefähr in dem Ausmaß vollzieht, wie vor allem kleinere Kuhhaltungen ihre Tiere abschaffen. Ein Gleichgewicht, also keine nennenswerte Veränderung des Gesamtkuhbestandes, wäre im Interesse der Kälbernachfrage für die Mast wünschenswert. Eine langsamere Aufstockung würde dagegen über einen rückläufigen Gesamtkuhbestand vielleicht die Lage am Milchmarkt etwas erleichtern.

2.1.2 Die Milchleistungen

Da das Niveau der Milcherträge je Kuh im Norden und Süden des Bundesgebietes sehr unterschiedlich ist, ist es zweckmäßig, die Entwicklung in beiden Gebieten getrennt zu betrachten.

Neben den regionalen Unterschieden ist auch der Abstand in den Leistungen der Kontrollkühe und des übrigen Milchviehs zu beachten (vgl. Abb. 2). Die Leistungen der Kontrollkühe verbesserten sich im Norden von rd. 4100 kg je Kuh und Jahr Anfang der fünfziger Jahre auf etwas über 4500 kg Mitte der sechziger Jahre. Im Süden gab es eine entsprechende Zunahme von knapp 3200 kg auf rd. 3800 kg. Die Leistungen der nicht geprüften Kühe haben sich im gleichen Zeitraum von 3100 kg auf knapp 3800 kg im Norden und von rd. 2000 kg auf 3200 kg im Süden erhöht. Zu den niedri-

geren Leistungen im Süden Anfang der fünfziger Jahre trug auch die damals noch erhebliche Arbeitsleistung der Milchkühe bei; etwa die Hälfte des Milchkuhbestandes diente dort 1950 noch als Spannvieh.

Der stetige Anstieg der Milchleistungen liegt im Zuge der Rationalisierung und Kostensenkung. Die Leistungen der Kontrollkühe geben Anhaltspunkte für die künftige Entwicklung der Milchproduktion, wenn sich nämlich die Leistungen der nicht geprüften Kühe den Leistungen der Kontrollkühe nähern. Mit welchen weiteren Reserven noch zu rechnen ist, zeigen die Leistungen der Herdbuchtiere, deren Jahresmilcherträge noch um rd. 300 kg über dem Bundesdurchschnitt aller Kontrollkühe liegen [7, S. 26 und 39 f.]. Nach diesen Angaben liegen die Milchleistungen eines erheblichen Teiles des deutschen Kuhbestandes so niedrig, daß man sich fragen muß, ob die betreffenden Betriebe schon bei den gegenwärtigen Milcherzeugerpreisen überhaupt noch mit Gewinn produzierten.

2.1.3 Die Milchproduktion

Die Milchproduktion ist im Bundesgebiet, vor allem dank der Erhöhung der Milchleistungen, verhältnismäßig stetig von Jahr zu Jahr gestiegen. 1967 wurden 21,7 Millionen t erzeugt.

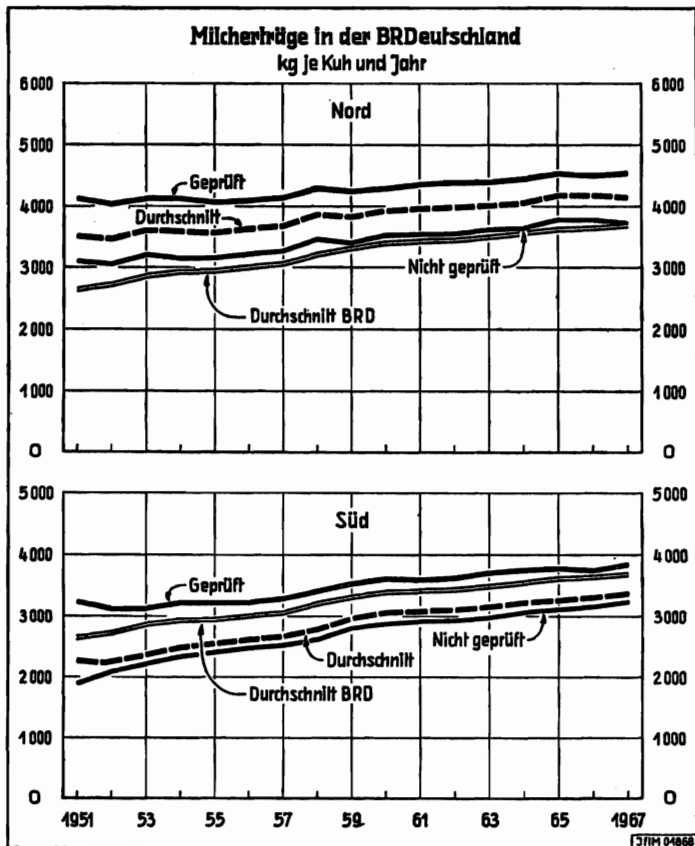


Abb. 2

Mit welchem Milchanfall in den nächsten Jahren im Bundesgebiet im Zuge des „technischen Fortschritts“ zu rechnen ist, ergibt sich aus folgender Überschlagsrechnung: Wenn die 5,85 Millionen Kühe (1966/67) unter Berücksichtigung des Nord-Süd-Gefälles die gegenwärtigen Leistungen (1967) der Kontrollkühe erreichen, ergibt sich eine Milchproduktion von rd. 24 Millionen t, d. h. 2,3 Millionen t mehr als 1967. Legt man die höheren Leistungen der Herdbuchkühe zugrunde, so wäre mit mehr als 25 Millionen t Milch zu rechnen. Eine entsprechende Vorschätzung auf dieser Basis im Jahre 1957 [25] wurde seinerzeit vielfach angezweifelt; die damals vorgeschätzte Milchproduktion mit einer Durchschnittsleistung aller Kontrollkühe ergab 19,3 Millionen t und mit der Leistung der Herdbuchkühe 20,5 Millionen t. Diese Mengen wurden schon Anfang der sechziger Jahre erreicht.

MÜLLER [32, S. 134] kommt bei seiner Berechnung der Milcherzeugung in der Bundesrepublik für 1970 und 1975 zu niedrigeren Mengen: Bei etwas größerem Kuhbestand auf 23,48 Millionen t 1975 und bei rückläufiger Bestandsentwicklung auf 21,7 Millionen t, d. h. auf die Menge von 1967. Müller berechnet für die großen norddeutschen Länder für 1975 durchschnittliche Jahresmilcherträge zwischen 4212 und 4223 kg; im Süden des Bundesgebietes rechnet er mit Erträgen zwischen 3633 und 3897 kg. Diese süddeutschen Erträge für 1975 entsprechen noch ungefähr den Leistungen der süddeutschen Kontrollkühe von 1967 (rd. 3850 kg); im Norden bleiben die Erträge nach Müller dagegen hinter den Leistungen der Kontrollkühe zurück, die 1967 bereits rd. 4540 kg erreicht hatten. Da im Norden des Bundesgebietes über die Hälfte des Kuhbestandes unter Milchleistungskontrolle steht, ist die Berechnung von Milcherträgen etwas über 4200 kg für 1975 doch sehr pessimistisch.

Hier geht es nicht um die Methode der Berechnung, sondern um die zahlenmäßigen Ansätze. Die in diesem Beitrag genannten Vorschätzungen von 24 bis 25 Millionen t Kuhmilch zeigen zunächst nur Tendenzen des zu erwartenden Produktionszuwachses bei Milch. Ob diese realisiert werden, entscheiden nicht zuletzt die künftigen agrarpolitischen Maßnahmen. Der Vorschätzung von 24 Millionen t entspricht ein durchschnittlicher Milchertrag je Kuh im Bundesgebiet von rd. 4100 kg. Auf diese Milchleistung kommt auch SCHOLZ [45] bei seinen Überlegungen für 1975, nämlich auf 4070 kg je Kuh, während Müller 1975 nur von 3954 kg im Bundesdurchschnitt ausgeht. Eine Milchleistung von 4100 kg legt auch das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung bei seinen Projektionen für 1975 zugrunde [17, S. 183].

Bei der Beurteilung der künftigen Entwicklung der Milchproduktion ist auch zu beachten, in welchem Umfange wirtschaftseigenes Rau- und Saftfutter sowie vorwiegend wohl zugekauftes Kraftfutter zu der bisherigen Steigerung beigetragen haben.

Ölkuchen dürfte überwiegend an Milchkühe verfüttert werden. Unterstellt man nun vereinfachend, daß der gesamte Ölkuchen an Milchkühe verfüttert wird und berücksichtigt andere Kraftfuttermittel (z. B. Kleie) nicht zusätzlich als Milchkuhfutter zum Ausgleich für die an andere Nutztiere verfütterten Ölkuchenmengen, so ergibt sich die in Tabelle 4 dargestellte Situation:

TABELLE 4 Milcherzeugung und Ölkuchenverbrauch im Bundesgebiet (Mill. t)

| Durchschnitt der Wirtschaftsjahre | Milchproduktion | Ölkuchenverbrauch | Mit Ölkuchen erzeugte Milch | Übrige Milchproduktion |
|-----------------------------------|-----------------|-------------------|-----------------------------|------------------------|
| 1951/52 bis 1954/55 | 16,47 | 0,53 | 1,06 | 15,41 |
| 1957/58 bis 1960/61 | 18,92 | 1,57 | 3,14 | 15,78 |
| 1963/64 bis 1966/67 | 21,16 | 2,88 | 5,76 | 15,40 |

Quelle: Ölkuchenverbrauch vgl. *BML*: Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten 1968, S. 104.

TABELLE 5 Kuhbestände, Milchleistungen und Milcherzeugung in der EWG

| Land | 1950 | 1954 | 1958 | 1960 | 1961 | 1962 | 1963 |
|---|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|
| A. Milchkühe (Mill. Stück) | | | | | | | |
| Niederlande | 1,52 | 1,51 | 1,50 | 1,60 | 1,65 | 1,72 | 1,72 |
| Belgien/Luxemburg | 0,99 | 1,03 | 1,05 | 1,07 | 1,08 | 1,11 | 1,10 |
| BR Deutschland | 5,58 | 5,91 | 5,61 | 5,67 | 5,80 | 5,90 | 5,92 |
| Frankreich | 7,73 | 8,85 | 9,36 | 9,83 | 10,07 | 10,03 | 9,71 |
| Italien | 3,03 | 3,40 | 3,58 | 3,19 | 3,41 | 3,50 | 3,38 |
| EWG | 18,85 | 20,70 | 21,20 | 21,37 | 22,01 | 22,25 | 21,83 |
| B. Milchleistungen (kg je Kuh und Jahr) | | | | | | | |
| Niederlande | 3800 | 3890 | 4152 | 4275 | 4216 | 4226 | 4084 |
| Belgien | 3399 | 3760 | 3760 | 3811 | 3811 | 3811 | 3811 |
| Luxemburg | 2910 | 3193 | 3225 | 3375 | 3475 | 3320 | 3350 |
| BR Deutschland | 2385 | 2904 | 3204 | 3395 | 3428 | 3443 | 3497 |
| Frankreich | 1999 | 2095 | 2256 | 2337 | 2363 | 2423 | 2609 |
| Italien | 2262 | 2286 | 2596 | 3105 | 2938 | 2743 | 2539 |
| EWG | 2406 | 2569 | 2774 | 2951 | 2942 | 2951 | 3015 |
| C. Milcherzeugung (Mill. t) | | | | | | | |
| Niederlande | 5,77 | 5,88 | 6,24 | 6,84 | 6,95 | 7,27 | 7,01 |
| Belgien/Luxemburg | 3,34 | 3,82 | 3,91 | 4,09 | 4,10 | 4,19 | 4,16 |
| BR Deutschland | 13,93 | 17,16 | 17,98 | 19,25 | 19,87 | 20,30 | 20,70 |
| Frankreich | 15,45 | 18,54 | 21,12 | 22,97 | 23,79 | 24,31 | 25,34 |
| Italien | 6,86 | 7,77 | 9,28 | 9,91 | 10,03 | 9,59 | 8,58 |
| EWG | 45,35 | 53,18 | 58,53 | 63,05 | 64,75 | 65,65 | 65,79 |

Bei diesem Überschlagn wurde davon ausgegangen, daß mit einem Kilogramm Ölkuchen durchschnittlich 2 kg Milch erzeugt werden können. Wird die hiernach mit Ölkuchen erzeugte Milchmenge von der Kuhmilchproduktion insgesamt abgezogen, bleiben die Milchmengen, die rechnerisch mit Rau- und Saftfutter produziert worden sind. Diese Mengen lagen seit Anfang der fünfziger Jahre verhältnismäßig konstant zwischen 15 und 16 Millionen t. Bei allem notwendigen Vorbehalt für diese grobe Rechnung ist aber doch wohl der Schluß zu ziehen, daß der überwiegende Teil des Zuwachses bei der Kuhmilchproduktion im Bundesdurchschnitt durch den Einsatz von Kraftfutter erzielt worden ist.

2.2 Die Milchproduktion in den EWG-Ländern

Die *Milchkuhbestände* haben in allen Mitgliedsländern seit Mitte der fünfziger Jahre zugenommen (vgl. Tabelle 5); verhältnismäßig am stärksten in den Niederlanden und in Frankreich. Allerdings waren in allen Ländern — außer Holland — die Bestände Anfang der sechziger Jahre schon einmal etwas größer als 1967.

Bei den *Milchleistungen* liegen die Niederlande und Belgien an der Spitze (vgl. Tabelle 5). Seit Ende der fünfziger Jahre bewegte sich der durchschnittliche Milchertrag je Kuh in den Niederlanden um 4200 kg; diese Milchleistung wurde auch im Norden der Bundesrepublik Deutschland im Durchschnitt aller Kühe in letzter Zeit erreicht. Trotz erheblicher stetiger Verbesserungen ihrer Milcherträge nähern sich Frankreich

TABELLE 5 (Forts.)

| Land | 1964 | 1965 | 1966 | 1967v | 1970 | Eigene Schätzung |
|---|-------|-------|-------|-------|-------|------------------|
| A. Milchkühe (Mill. Stück) | | | | | | |
| Niederlande | 1,67 | 1,70 | 1,73 | 1,79 | 1,70 | 1,75 |
| Belgien/Luxemburg | 1,06 | 1,07 | 1,08 | 1,10 | 1,18 | 1,10 |
| BR Deutschland | 5,83 | 5,82 | 5,85 | 5,86 | 5,80 | 5,85 |
| Frankreich | 9,62 | 9,72 | 9,62 | 9,82 | 10,00 | 9,50 |
| Italien | 3,31 | 3,39 | 3,43 | 3,49 | 3,50 | 3,50 |
| EWG | 21,49 | 21,69 | 21,72 | 22,06 | 22,18 | 21,60 |
| B. Milchleistungen (kg je Kuh und Jahr) | | | | | | |
| Niederlande | 4177 | 4207 | 4180 | 4233 | 4230 | 4200 |
| Belgien | 3811 | 3863 | 3862 | 3729 | 3800 | 4000 |
| Luxemburg | 3310 | 3390 | 3500 | 3535 | | |
| BR Deutschland | 3571 | 3642 | 3649 | 3707 | 4070 | 4050 |
| Frankreich | 2622 | 2756 | 2912 | 2990 | 3000 | 3400 |
| Italien | 2711 | 2800 | 2960 | 2800 | 2710 | 3100 |
| EWG | 3071 | 3168 | 3265 | 3286 | 3370 | 3620 |
| C. Milcherzeugung (Mill. t) | | | | | | |
| Niederlande | 6,96 | 7,14 | 7,24 | 7,54 | 7,19 | 7,35 |
| Belgien/Luxemburg | 4,00 | 4,12 | 4,16 | 4,07 | 4,48 | 4,40 |
| BR Deutschland | 20,83 | 21,18 | 21,36 | 21,72 | 23,62 | 23,70 |
| Frankreich | 25,24 | 26,78 | 28,02 | 29,36 | 30,00 | 32,30 |
| Italien | 8,96 | 9,49 | 10,16 | 9,80 | 9,50 | 10,85 |
| EWG | 65,99 | 68,71 | 70,92 | 72,49 | 74,79 | 78,60 |

v = vorläufig.

Quelle: 1950 bis 1967: Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften: „Agrarstatistik“, 1967, Nr. 11. — 1970: EWG-Kommission: Revidierte Vorausschätzung gegenüber der Studie 10 (Hausmitteilungen über Landwirtschaft, 7). Juni 1966, S. 20, 23, 25. — Eigene Schätzung vgl. Text.

und Italien erst einem durchschnittlichen Leistungsniveau von 3000 kg. Diese Grenze von 3000 kg hatte der Süden des Bundesgebietes im Durchschnitt aller Kühe bereits 1960 überschritten und kommt jetzt bereits nahe an 3400 kg heran.

Die Milchproduktion im EWG-Raum ist seit Anfang der fünfziger Jahre trotz gelegentlicher Bestandsverminderungen oder Rückschläge bei den Milcherträgen von Jahr zu Jahr stetig gestiegen: 1954 fielen im EWG-Raum rd. 53 Millionen t Kuhmilch an, 1967 fast 73 Millionen t.

Die weitere Zunahme der Kuhmilchproduktion im EWG-Raum hängt davon ab, wie sich Kuhbestände und Milchleistungen entwickeln werden. Die Vorschätzungen der EWG-Kommission erwarten um 1970 eine Milchproduktion von etwa 75 Millionen t (vgl. Tabelle 5). Bei der Beurteilung der künftigen Tendenz ist den revidierten Vorschätzungen der Kommission bei den Niederlanden, Belgien-Luxemburg und der Bundesrepublik Deutschland weitgehend zuzustimmen. In Frankreich und in Italien dürften in den Steigerungsmöglichkeiten der Milchleistungen — weniger in der Vergrößerung der Kuhbestände — bei entsprechenden wirtschaftlichen Voraussetzungen noch größere Produktionsreserven zu erwarten sein; sie sind sicherlich nicht schon bis 1970

zu realisieren, ihre Erschließung ist aber im Laufe der siebziger Jahre nicht unmöglich. Vor allem die französischen Produktionsreserven dürfen bei den Lösungsmöglichkeiten der künftigen Milchpolitik in der EWG nicht übersehen werden.

3 Die Nachfrage: Verbrauchsentwicklung bei Milch und Molkereiprodukten

Die Nachfrage nach Milch und Molkereiprodukten hängt von der Zahl der Verbraucher und von den beiden ökonomischen Faktoren „Einkommen der Verbraucher“ und „Preis der Produkte“ ab. Daneben spielen auch noch nichtökonomische Faktoren, z. B. Verbrauchsgewohnheiten, eine wesentliche Rolle; ohne diese nichtökonomischen Faktoren ließen sich regionale Verbrauchsunterschiede sowohl innerhalb des Bundesgebietes als auch zwischen den Mitgliedsländern der EWG kaum erklären.

3.1 *Der Verbrauch von Milch und Molkereiprodukten in der Bundesrepublik Deutschland*

3.1.1 *Frischmilch*

Zum Frischmilchverbrauch zählen der Haushaltsverbrauch der Milcherzeuger, der Ab-Hof-Verkauf und der Absatz der Molkereien. Die Hoffnungen, den Frischmilchverbrauch zu steigern, haben sich nicht erfüllt. Der Absatz der Molkereien und der Ab-Hof-Verkauf stagnieren (vgl. Tabelle 6). Da die Bevölkerung jedoch von Jahr zu Jahr wächst und die Zahl der Milchkäufer sogar noch stärker als die Gesamtbevölkerung zunimmt, weil die Milchselbstversorger und damit ihr Haushaltsverbrauch mit der Verminderung der Zahl der Kuhhalter immer weniger werden, bedeutet die Stagnation des Frischmilchabsatzes einen Rückgang des Verbrauchs je Milchkäufer. Hinter der Stagnation des Molkereiabsatzes an Frischmilch verbirgt sich jedoch eine kräftige Verlagerung des Verbrauchs von der losen zur verpackten Milch und innerhalb der verpackten Milch wiederum von der traditionellen Glasflasche zur verlorenen Packung, die 1967 bereits das Übergewicht gewonnen hatte.

Der Verbraucherpreis für Frischmilch wird durch Bundestagsbeschluß festgesetzt. Er galt bis September 1963 als Höchstpreis und wurde damals mit der Heraufsetzung

TABELLE 6 Der Frischmilchverbrauch im Bundesgebiet (1000 t)

| Sorte | 1955 | 1963 | 1964 | 1965 | 1966 | 1967 |
|---|------|------|------|------|------|------|
| Haushaltsverbrauch | | | | | | |
| der Erzeuger | 1865 | 1409 | 1337 | 1272 | 1252 | 1191 |
| Ab-Hof-Verkauf | 804 | 744 | 742 | 685 | 708 | 707 |
| Molkereiabsatz | | | | | | |
| Standardisierte Frischmilch ¹⁾ | 2636 | 2663 | 2628 | 2572 | 2559 | 2601 |
| davon lose | 2121 | 1350 | 1371 | 1265 | 1169 | 1141 |
| verpackt | 515 | 1313 | 1257 | 1307 | 1390 | 1460 |
| dav. in Flaschen | . | . | . | . | 769 | 684 |
| in verlorenen Packungen | . | . | . | . | 621 | 776 |
| Versand nach Westberlin | 140 | 125 | 124 | 126 | 130 | 131 |

¹⁾ Mindestens 3,0% Fett; einschließlich Markenmilch (verpackt) mit 3,5%. 1966: 219 000 t; 1967: 213 000 t.

Quelle: BML: „Statistische Berichte über die Milch- und Molkereiwirtschaft“ und „Statistische Monatsberichte“.

auf 50 Pf je Liter lose Milch für das ganze Bundesgebiet einheitlich zum Festpreis. Vorher kostete lose Milch im Preisgebiet I (Großstädte u. dgl.) 44 Pf je Liter und 42 Pf im Preisgebiet II (kleinere Orte). Diese Preiserhöhung hatte besonders deutlich gezeigt, daß der Frischmilchverbrauch mit Rückschlägen reagierte, von denen vor allem der Absatz von verpackter Milch betroffen wurde (vgl. Abb. 3). Eine weitere Heraufset-

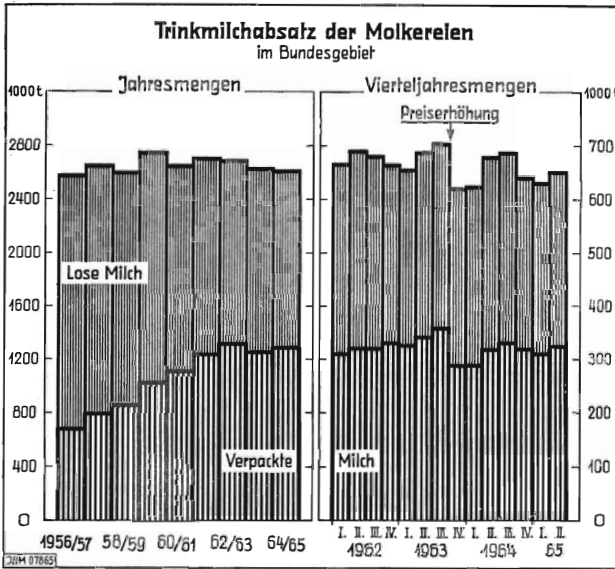


Abb. 3

zung des Trinkmilchpreises im Juni 1967 um 2 Pf je Liter löste nicht so starke Reaktionen der Verbraucher aus. Ab November 1968 wurde der Trinkmilchpreis mit der Erhöhung des Fettgehaltes auf 3,3% nochmals um 4 Pf heraufgesetzt; seitdem kostet ein Liter lose Trinkmilch 56 Pf.

3.1.2 Sonstige Trinkmilch

Neben der standardisierten Frischmilch setzen die Molkereien noch andere Trinkmilcharten ab. Trotz erfreulicher Absatzerfolge bei einzelnen dieser Arten handelt es sich insgesamt jedoch um so geringe Mengen, daß auf diesem Wege keine wesentliche Entlastung für das wachsende Milchangebot zu erwarten ist. Trotzdem sollten keine auch noch so geringen Absatzchancen ungenutzt bleiben. Absatzsteigerungen (vgl. Tabelle 7) zeigten sich bei entrahmter Milch in verpackter Form; hier dürfte es sich vor allem um Buttermilch handeln. Bei den Sauermilch- und Milchlischgetränken erfreut sich Joghurt steigender Beliebtheit, während der Absatz von Kakaotrunk stagniert. Der Absatz von Sterilmilcherzeugnissen (Milch, Sahne und Mischgetränken) ist sogar leicht rückläufig. Hier macht sicherlich die H-Milch Konkurrenz, weil sie trotz längerer Haltbarkeit nicht den ausgeprägten Geschmack von sterilisierter Milch hat: 15 300 t H-Milch wurden 1966 und 24 600 t 1967 hergestellt.

Die Absatzerfolge bei Joghurt zeigen, wie sich der Verbrauch bei intensiver Verkaufspolitik steigern läßt. Diese Verkaufspolitik hat den beteiligten Molkereien zweifellos auch den verdienten wirtschaftlichen Erfolg gebracht und kann ihn weiter bringen,

TABELLE 7 Der Absatz von sonstiger Trinkmilch im Bundesgebiet (1000 t)

| Sorte | 1955 | 1963 | 1964 | 1965 | 1966 | 1967 |
|--|------|------|------|------|------|------|
| Entrahmte und Buttermilch | 182 | 156 | 169 | 155 | 170 | 181 |
| davon lose | 155 | 84 | 82 | 69 | 66 | 64 |
| verpackt | 27 | 72 | 87 | 86 | 104 | 117 |
| Sauermilch- und Milchmodiggetränke | 87 | 182 | 176 | 204 | 204 | 225 |
| davon Joghurt | . | 65 | 66 | 77 | 91 | 110 |
| andere | . | 117 | 110 | 127 | 113 | 115 |
| dar. Kakaotrunk | . | . | . | . | 98 | 94 |
| H-Milch | . | . | . | . | 15 | 25 |
| Sterilisierte Erzeugnisse | | | | | | |
| steril. Milch | 112 | 146 | 148 | 143 | 145 | 139 |
| steril. Sahne und Schlagsahne | 4 | 7 | 7 | 7 | 7 | 7 |
| steril. Sauermilch- und Milchmodiggetränke | . | 35 | 36 | 35 | 35 | 32 |

Quelle: Vgl. Übersicht 6.

wenn das Joghurtangebot nicht zu schnell über die Aufnahmefähigkeit des Marktes hinaus ausgeweitet wird. Gegenüber Trinkmilch- und Sahnejoghurt holte die Herstellung von Fruchtjoghurt in letzter Zeit stark auf.

3.1.3 Sahne und Kondensmilch

Der Verbrauch von Schlag- und Kaffeesahne mit mindestens 28% bzw. 10% Fettgehalt hat bisher verhältnismäßig stetig zugenommen (vgl. Tabelle 8). Von den Mehranlieferungen von Vollmilch an die Molkereien wurde im letzten Jahrzehnt knapp ein Zehntel durch die Absatzsteigerung bei Sahne beansprucht.

Der Verbrauch von Kondensmilch hat von Jahr zu Jahr zugenommen (vgl. Tabelle 8). Die stärksten Zunahmen waren in den fünfziger Jahren zu beobachten; sie gingen jedoch weitgehend zu Lasten des Frischmilchabsatzes. Damals war die Haltbar-

TABELLE 8 Der Verbrauch von Sahne und Kondensmilch in der Bundesrepublik Deutschland (1000 t)

| Erzeugnis | 1955/ 1956 | 1962/ 1963 | 1963/ 1964 | 1964/ 1965 | 1965/ 1966 | 1966/ 1967 | 1967/ 1968 |
|----------------------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|
| <i>Sahne</i> ¹⁾ | | | | | | | |
| Schlagsahne | 63,9 | 113,2 | 118,4 | 118,7 | 132,4 | 136,9 | 145,7 |
| Kaffeesahne | } 7,6 | 17,1 | 19,2 | 20,9 { | 0,8 | 0,5 | 0,5 |
| Saure Sahne | | | | | 22,9 | 24,4 | 25,1 |
| Zusammen in Vollmilchwert | 595 | 1019 | 1055 | 1084 | 1204 | 1248 | 1319 |
| <i>Kondensmilch</i> | | | | | | | |
| Herstellung | 243 | 448 | 460 | 460 | 450 | 456 | 451 |
| Aus Einfuhr und Vorräten | 0 | 0 | 7 | 13 | 31 | 41 | 42 |
| Verbrauch | 243 | 448 | 467 | 473 | 481 | 497 | 493 |
| dgl. je Kopf (kg) | 4,7 | 7,8 | 8,1 | 8,1 | 8,1 | 8,3 | 8,2 |

¹⁾ Ohne sterilisierte Sahne (vgl. Übersicht 6).

Quelle: BML: Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten der Bundesrepublik Deutschland 1968, S. 197 und 199.

keit der überwiegend losen Frischmilch, vor allem für die noch große Zahl von Haushalten ohne Kühlschrank, nicht gegeben; dies traf besonders für die Wochenenden zu, als anfangs nur im Winter, dann aber auch im Sommer der Milchverkauf an Sonn- und Feiertagen eingestellt wurde.

Der Kondensmilchverbrauch von rd. 500 000 t im Bundesgebiet entspricht bei einem durchschnittlichen Bedarf von 2,3 kg Vollmilch je kg Kondensmilch einer Menge von fast 1,2 Millionen t Vollmilch. Zur Einstellung der pasteurisierten Frischmilch werden im Bundesgebiet rd. 2,3 Millionen t Vollmilch verwendet; zählt man die 0,7 Millionen Vollmilch des Ab-Hof-Verkaufs noch hinzu, so entfällt von den rd. 4,2 Millionen t Vollmilch, die als Frischmilch von Molkereien und Milcherzeugern sowie in Form von Kondensmilch abgesetzt werden, mehr als ein Viertel auf Kondensmilch.

3.1.4 Butter

Während in den fünfziger Jahren erst knapp die Hälfte des erzeugten Milchfetts der Butterherstellung in Molkereien und landwirtschaftlichen Betrieben diente, wurden 1967 rd. 53% des Milchfetts verbuttert. Der Butterverbrauch lag bei Aufhebung der Butterrationierung Anfang 1950 etwas über 6 kg je Kopf und Jahr. Er erreichte seinen höchsten Stand 1962/63 mit rd. 9 kg und ist seitdem rückläufig (vgl. Tabelle 9). Die Verbraucherpreise für „Deutsche Markenbutter“ (7,81 bis 7,83 DM/kg im Bundesdurchschnitt und daneben verbilligte ausgelagerte „Molkereibutter“) hatten sich seit November 1964, dem Beginn der EWG-Milchmarktregelungen, kaum geändert. Der Butterverbrauch hatte sich seit Ende 1966 jedoch ungünstig entwickelt und blieb von Mai 1967 bis März 1968 sogar unter dem jeweiligen Vorjahresverbrauch. Hier wirkte sich der konjunkturelle Rückschlag aus, der die Einkommen breiter Bevölkerungsschichten beeinträchtigt hatte. Die inzwischen wieder günstigere Wirtschaftsentwicklung zeigt sich seit dem zweiten Vierteljahr 1968 auch bei der Butternachfrage.

TABELLE 9 Die Versorgung mit Butter in der Bundesrepublik Deutschland (1000 t)

| Bilanzposten | 1955/ 1956 | 1962/ 1963 | 1963/ 1964 | 1964/ 1965 | 1965/ 1966 | 1966/ 1967 | 1967/ 1968 |
|---|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|
| Anfangsbestand (1. 7.) ¹⁾ ²) | 12,8 | 32,2 | 42,8 | 55,9 | 64,5 | 70,1 | 83,6 |
| Erzeugung ³⁾ | 334,9 | 482,1 | 490,3 | 494,8 | 498,3 | 512,2 | 531,7 |
| Einfuhr ⁴⁾ | 26,9 | 43,2 | 38,5 | 18,6 | 16,4 | 17,7 | 16,4 |
| Ausfuhr ²⁾ ⁴) | -1,2 | -0,0 | -0,0 | -8,1 | -9,9 | -9,1 | -17,2 |
| Verfügbar | 373,4 | 557,5 | 571,6 | 561,2 | 569,3 | 590,9 | 614,5 |
| Endbestand (30. 6.) ¹⁾ ⁴) | 13,5 | 42,8 | 55,9 | 64,5 | 70,1 | 83,6 | 106,5 |
| Verbrauch | 359,9 | 514,7 | 515,7 | 496,7 | 499,2 | 507,3 | 508,0 |
| dgl. je Kopf (kg) | 7,0 | 9,0 | 8,9 | 8,5 | 8,4 | 8,5 | 8,5 |
| <i>EVSt für Fette</i> | | | | | | | |
| Einlagerungen | . | 71,0 | 87,2 | 119,1 | 120,0 | 140,4 | 161,8 |
| Auslagerungen | . | 61,3 | 73,3 | 109,8 | 112,4 | 127,0 | 140,3 |

¹) Ohne Vorräte beim Handel. — ²) Einschließlich Butterschmalz in Butterwert. — ³) Einschließlich der in landwirtschaftlichen Betrieben erzeugten Butter. — ⁴) Einschließlich des Warenverkehrs mit der SBZ sowie des Kleinen Grenzverkehrs.

Quelle: BML: Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten der Bundesrepublik Deutschland 1968, S. 204; ergänzt durch Berechnungen und Schätzungen des IflM.

Günstig für die Verbrauchsentwicklung bei Butter war das steigende Angebot an billiger Molkereibutter. Die EVSt lagerte 1967/68 rd. 140 000 t Butter aus; das sind etwa ein Viertel der Markturnsätze an Butter im Bundesgebiet, wenn man berücksichtigt, daß die EVSt auch verbilligte Butter zur Butterschmalzherstellung abgibt und an die Milcherzeuger annähernd 50 000 t Butter zurückgeliefert werden.

Für die Milchverwertung ist jedoch entscheidend, daß die Butternorräte auch seit dem Frühjahr 1968 immer noch stärker als saisonüblich gewachsen sind. Auf den Rückgang der Butternotierungen im ersten Halbjahr 1968 wird später noch eingegangen.

3.1.5 Käse und Speisequark

Der Verbrauch an Käse hat sich im letzten Jahrzehnt verhältnismäßig günstig entwickelt. Der Verbrauch ist von 4,2 kg je Kopf der Bevölkerung 1955/56 auf 5 kg im Wirtschaftsjahr 1966/67 gestiegen, 1967/68 jedoch wieder auf 4,7 kg zurückgegangen. Mit steigendem Wohlstand verlagerte sich der Verbrauch dabei immer stärker auf teurere (fettreichere) Qualitäten. Das Käseangebot ist sehr mannigfaltig. Die Tabelle 10 bringt für das Wirtschaftsjahr 1967/68 eine Aufteilung nach Natur- und Schmelzkäse und eine weitere Gliederung des Naturkäses in die verschiedenen Sorten von Hart-, Schnitt- und Weichkäse sowie von Sauermilch- und Kochkäse. Während bei Hartkäse (z. B. Emmentaler) und bei Weichkäse (Camembert u. dgl.) das Angebot weitgehend aus der deutschen Molkereiwirtschaft stammt, überwiegt bei Schnittkäse das Auslandsangebot – vor allem bei Gouda und Edamer mit einer Einfuhr von 72 000 t, davon 63 200 t aus dem EWG-Raum und 8800 t aus Drittländern.

Der Käseverbrauch hatte bis 1967 noch zugenommen, obwohl die Käsepreise seit 1964 im Zuge der EWG-Regelungen angezogen hatten (vgl. Abb. 4). Unerfreulicher wurde die Lage am Käsemarkt jedoch im ersten Halbjahr 1968. Die höheren Käsepreise hemmten die Nachfrage, hatten andererseits aber die deutsche Produktion – vor allem bei Schnittkäse – stark angeregt, so daß die Käsepreise wieder zurückfielen. Seit Jahresmitte erholten sich die Preise allerdings wieder. Soweit bisher zu über-

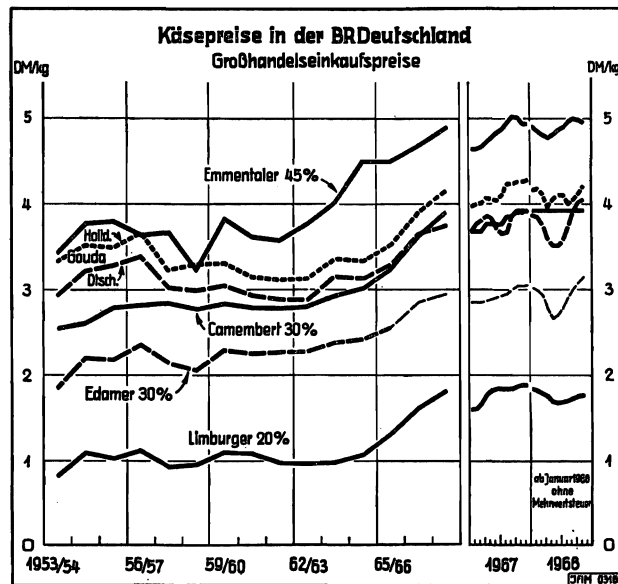


Abb. 4

TABELLE 10 Die Versorgung mit Käse in der Bundesrepublik Deutschland (1000 t)

| Käsesorten Wirtschaftsjahr | Erzeugung | Einfuhr | Ausfuhr | Verfügbar | Verbrauch kg je Kopf |
|---------------------------------------|-----------|---------|---------|-------------------|-------------------------|
| Käse ¹⁾ | | | | | |
| 1955/56 | 157 | 68 | 7 | 218 | 4,2 |
| 1962/63 | 165 | 118 | 21 | 262 | 4,6 |
| 1963/64 | 168 | 129 | 20 | 277 | 4,8 |
| 1964/65 | 176 | 126 | 25 | 277 | 4,7 |
| 1965/66 | 182 | 133 | 28 | 287 | 4,8 |
| 1966/67 | 189 | 140 | 31 | 298 | 5,0 |
| 1967/68 | 196 | 120 | 35 | 281 | 4,7 |
| davon: | | | | | |
| Hart-, Schnitt- und Weichkäse | 168 | 117 | 18 | 222 ²⁾ | 3,7 |
| darunter: | | | | | |
| Emmentaler und ähnl. Hartkäse | 42,8 | 6,4 | 11,5 | 37,7 | 0,63 |
| Cheddar, Chester | 14,0 | 6,6 | 0,1 | 20,6 | 0,34 |
| Tilsiter, Havarti | 16,5 | 17,8 | 0,6 | 33,8 | 0,56 |
| Gouda, Edamer | 21,2 | 72,0 | 2,1 | 91,0 | 1,52 |
| Butterkäse und ähnl. | 2,1 | 3,4 | 1,3 | 4,2 | 0,07 |
| Camembert, Brie und Limburger | 59,4 | 7,2 | 1,0 | 65,7 | 1,10 |
| Edelpilzkäse, Roquefort u. Gorgonzola | 1,8 | 0,9 | 0,9 | 1,8 | 0,03 |
| Sonstige | 10,3 | 2,9 | 0,1 | 13,1 | 0,22 |
| Sauermilch- und Kochkäse | 28 | . | . | 28 | 0,5 |
| Naturkäse insgesamt | 196 | 117 | 18 | 250 ²⁾ | 4,2 |
| Schmelzkäse und -zubereitung | 69 | 3 | 17 | 55 | 0,9 |
| Speisequark und sonstiger Frischkäse | | | | | |
| 1955/56 | 99 | . | . | 99 | 1,9 |
| 1962/63 | 165 | 3 | 0 | 168 | 2,9 |
| 1963/64 | 179 | 2 | 0 | 181 | 3,1 |
| 1964/65 | 190 | 1 | 0 | 191 | 3,2 |
| 1965/66 | 202 | 0 | 0 | 202 | 3,4 |
| 1966/67 | 216 | 2 | 1 | 217 | 3,6 |
| 1967/68 | 228 | 2 | 1 | 229 | 3,8 |

¹⁾ Naturkäse und Schmelzkäse, der hier nur mit seinem Anteil an Naturkäse bewertet wird. —

²⁾ Ferner 45 000 t zur Schmelzkäseherstellung.

Quelle: BML: Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten 1968, S. 199 bis 201; „Statistische Monatsberichte“, November 1968, S. 762.

sehen ist, wurde der Preiseinbruch nicht durch größere Importe ausgelöst, weder aus dem EWG-Raum noch aus Drittländern.

Sehr stetig und kräftig ist der Verbrauch von Speisequark gestiegen: rd. 1 kg je Kopf der Bevölkerung 1950 und 3,8 kg 1967/68 (vgl. Tabelle 10). Diese starke Verbrauchssteigerung ist keinesfalls ökonomisch, sondern nur mit der steigenden Wertschätzung zu erklären, die der Speisequark wohl vor allem aus diätetischer Sicht erfährt.

3.1.6 Milch und Molkereierzeugnisse insgesamt

Der Verbrauch an Trinkmilch in weitestem Sinne stagniert oder war z. T. sogar rückläufig. Günstigere Absatzchancen zeigen folgende Arten: Sahne, Kondensmilch, H-Milch, Joghurt, Buttermilch und verpackte Frischmilch. Die Absatzerfolge bei diesen Erzeugnissen konnten den Rückgang beim Verkauf von loser Trinkmilch nicht aus-

gleichen. Größte Aufmerksamkeit sollte den Trinkmilcharten geschenkt werden, auf die der Verbraucher besonders anspricht.

Der Widerstand, der Anfang der fünfziger Jahre vor allem aus den Reihen des Milchfachhandels gegen die Hauszustellung von Trinkmilch und gegen eine Ausweitung des Flaschenmilchabsatzes geleistet wurde, war zwar aus der Sicht der Milchfachgeschäfte verständlich; man hoffte, die Hausfrau durch den Einkauf von loser Milch enger an sich zu binden und so größere Umsätze in seinem sonstigen Sortiment zu erzielen. Die Entwicklung ist darüber hinweggegangen. Künftig kann hoffentlich mit mehr Einsicht bei allen an der Produktion, der Verarbeitung und am Absatz von Milch Beteiligten gerechnet werden, sich nicht mehr kurzsichtig gegen kommende Entwicklungen zu stemmen und so Absatzchancen der Milchwirtschaft zu vertun.

Auch bei den übrigen Molkereiprodukten sollte den Erzeugnissen besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden, die der Verbraucher bevorzugt. Dies gilt für Speisequark und sonstigen Frischkäse. Auch der Käsemarkt mit seinem mannigfaltigen Sortiment bietet Möglichkeiten, die hier nur angedeutet werden können [15]. Bei der Butter geht es um eine kontinuierliche Beschickung des Marktes mit billiger Molkereibutter neben der Deutschen Markenbutter; der allgemeine Verkauf von wesentlich verbilligter Molkereibutter ist jedoch im Herbst 1968 leider eingestellt worden.

Auf den Verbrauch von Voll- und Magermilch zur Verfütterung wird später eingegangen.

Die im ganzen nicht sehr günstige Entwicklung des Verbrauchs von Milch und Milcherzeugnissen, die daher auch keine großen Hoffnungen für stärkere Verbrauchssteigerungen zuläßt, sind in vielen Untersuchungen der letzten Jahre dargestellt worden. Hier sei nur die umfassende Arbeit von HESSE [14] erwähnt, die erst kürzlich veröffentlicht wurde und viele frühere Arbeiten aufführt.

3.2 Der Verbrauch von Milch und Molkereiprodukten in den EWG-Ländern

Der Verbrauch von Milch und Molkereiprodukten läßt sich von Land zu Land am besten an den Mengen je Kopf der Bevölkerung vergleichen (vgl. Tabelle 11). Das Verbrauchsniveau liegt in Italien – vom Käse abgesehen – am niedrigsten. In den Nieder-

TABELLE 11 Der Verbrauch von Milcherzeugnissen in den EWG-Ländern (kg je Kopf und Jahr)

| Erzeugnis | Niederlande | | Belgien/ Luxemburg | | BR Deutsch- land | | Frankreich | | Italien | |
|---------------------------------|---------------|---------------|-----------------------|---------------|---------------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|
| | 1959/ 1960 | 1964/ 1965 | 1959/ 1960 | 1964/ 1965 | 1959/ 1960 | 1964/ 1965 | 1959/ 1960 | 1964/ 1965 | 1959/ 1960 | 1964/ 1965 |
| Trink- vollmilch | 121,0 | 116,9 | 101,6 | 101,3 | 97,4 | 84,4 | 94,2 | 95,3 | 61,5 | 63,7 |
| Trink- magermilch | 61,0 | 38,9 | 7,7 | 10,1 | 10,7 | 10,6 | 8,1 | 7,6 | — | — |
| Sahne ¹⁾ | 1,3 | 1,7 | 0,5 | 0,7 | 2,0 | 2,5 | 0,8 | 0,7 | — | — |
| Kondens- milch ²⁾ | 6,6 | 10,2 | 2,8 | 3,1 | 7,2 | 8,1 | 1,6 | 1,9 | 0,2 | 0,3 |
| Käse ³⁾ | 6,8 | 7,8 | 5,5 | 6,1 | 7,9 | 7,8 | 9,3 | 11,7 | 7,7 | 8,4 |
| Butter ⁴⁾ | 2,8 | 3,7 | 7,9 | 7,2 | 6,4 | 7,0 | 5,7 | 7,2 | 1,3 | 1,4 |

¹⁾ Produktgewicht. – ²⁾ Voll- und Magermilch. – ³⁾ Einschließlich Speisequark. – ⁴⁾ Reinfett.

Quelle: BML: Statistischer Bericht über die Milch- und Molkereiwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland und den EWG-Mitgliedsstaaten. 1967, S. 34.

landen ist der Trinkmilchverbrauch noch am höchsten, geht jedoch auch zurück. Der Butterverbrauch ist dagegen in den Niederlanden nur gut halb so hoch wie in Frankreich, Belgien/Luxemburg und der Bundesrepublik und hat in letzter Zeit stark abgenommen.

4 Die Milchmarktpolitik in der Diskussion von Wissenschaft und Praxis

4.1 *Die Stützungs-, Ausgleichs- und Subventionspolitik in der Bundesrepublik Deutschland 1950 bis 1964*

Die Grundsätze der Milchmarktordnung, die in der Reichsnährstandszeit entwickelt worden war, wurden für die Bundesrepublik im wesentlichen im Milch- und Fettgesetz vom 28. 2. 1951 und in der späteren Fassung vom 10. 12. 1952 übernommen:

1. Molkereiabgabe- und Verbraucherpreise werden weitgehend durch Verordnungen festgesetzt (Trinkmilchhöchstpreise, ab Oktober 1963 Festpreise; Butterfestpreise, von Juni 1951 bis Juli 1952 Höchstpreise und erst anschließend Butternotierungen).
2. Die Erzeuger müssen ihre Milch an eine bestimmte Molkerei liefern und die Händler müssen ihre Trinkmilch von der Molkerei kaufen, die die Oberste Landesbehörde bestimmt. Einzugs- und Absatzgebiete der Molkereien entsprechen einander.
3. Eine Ausgleichsabgabe auf jeden verkauften Liter Trinkmilch schöpft einen Teil der beim Trinkmilchabsatz zu erzielenden höheren Erlöse ab; sie bringt Mittel, die zur Stützung von Werkmilchmolkereien und der Werkmilchverwertung dienen (sog. „Trinkmilch/Werkmilch-Ausgleich“).

Die Milchmarktordnung des Reichsnährstandes hatte im Dienste der staatlichen Autarkiepolitik gestanden. Die Milchwirtschaft sollte durch eine hohe Buttererzeugung die Fettlücke schließen helfen. Eine Förderung des Trinkmilchverbrauchs war nicht erwünscht. Dies wurde noch deutlicher, als in der Kriegsrationierung die Trinkvollmilch auf einen niedrigeren Fettgehalt (2,5%) eingestellt und nur noch begrenzt Kindern, Jugendlichen und werdenden Müttern zugeteilt wurde, um möglichst viel Milhfett den Verbrauchern sichtbar in Form von Butter liefern zu können.

Bereits Anfang 1950 zeigten sich im Bundesgebiet nach Aufhebung der Lebensmittelrationierung gewisse Absatzschwierigkeiten am Milchmarkt (Preisrückgänge bei Butter und bei der an Milcherzeuger zurückgelieferten Magermilch). Da die Milcherzeuger einen Rückgang ihrer Auszahlungspreise befürchteten, wurde auch das Milchpreisproblem in den Rhöndorfer Gesprächen am 17. Februar 1951 [5] um die künftige Agrarpolitik erörtert. Der Deutsche Bauernverband sah im „Milchpreis das Kernstück jeder Agrarpreispolitik“. Der damalige Bundeskanzler erklärte dazu: „Die Bundesregierung wird alle geeigneten Maßnahmen treffen, um eine (Milch-)Preisentwicklung zu sichern, die den tatsächlichen Erzeugungskosten entspricht.“

In der Erkenntnis, daß sich die Milcherzeugerpreise durch einen höheren Trinkmilchanteil an der Verwertung verbessern lassen, wurden in Völkenrode bereits 1950 die Bestimmungsgründe des Trinkmilchverbrauchs analysiert [26]. Untersuchungen über den Buttermarkt folgten, die die heute allgemein bekannten Einflüsse von Verbraucher-einkommen, Butter- und Margarinepreisen [12, 27] und die Möglichkeiten einer saisonalen Preisstabilisierung durch Buttereinlagerung [11] herausarbeiteten.

Die entscheidende Stütze für das Erzeugerpreisniveau bei Milch war die staatliche Buttereinfuhr- und -vorratspolitik, die – wenn auch nicht jederzeit zur vollen Zufriedenheit der Milcherzeuger – solange mit Erfolg praktiziert werden konnte, wie das Bundesgebiet noch auf Buttereinfuhren angewiesen war. Die staatliche Einfuhrpolitik verfügte bei Butter neben den verhältnismäßig hohen Zöllen noch über das viel wirk-

samere Mittel der Einfuhrkontingentierung. Die gelegentliche Unzufriedenheit der Milcherzeuger mit der staatlichen Vorratspolitik, die nur Vorräte im Saisonausgleich, also zur Preisstabilisierung, aber nicht zur Preisanhebung aus dem Markt zu nehmen bereit war, führte zur Errichtung eines Milchförderungsfonds [38] als Selbsthilfemaßnahme. Ein Teil dieser durch die „Milch-Fett-Eier-Kontor GmbH“ (Zentrale der Butterabsatzzentralen) mit Hilfe des Fonds eingelagerten Buttermengen wurden dann z. B. 1951/52 letzten Endes zu Lasten des Steuerzahlers liquidiert; die EVSt für Fette hielt sich nämlich um die Jahreswende 1951/52 mit ihren eigenen Auslagerungen sehr zurück, bis das Kontor seine Auslagerungen abgewickelt hatte.

Ohne im übrigen die Leistungen der Butterabsatzzentralen und des Kontors bei der Rationalisierung des Butterabsatzes und der jahreszeitlichen Preisstabilisierung zu schmälern, muß betont werden, daß nicht der Genossenschaftssektor Entscheidendes zur Stützung des Butterpreises und damit zur Verbesserung des Milcherzeugerpreises tun konnte, sondern daß dieses nur mit Hilfe der staatlichen Einfuhr- und Vorratspolitik möglich war.

Der genossenschaftliche Sektor in der Milchwirtschaft bemühte sich allerdings um einen stärkeren Einfluß auf die Einfuhr- und Vorratspolitik. Nach den „Leitsätzen des Raiffeisenverbandes zur Zentralisierung der genossenschaftlichen Selbsthilfe in der Milchwirtschaft“ vom November 1959 [23] sollten der Butterabsatz bei Zentralen und Kontor sowie die Buttereinfuhren beim Kontor weitgehend zentralisiert und kanalisiert werden, um die Marktstellung der Milcherzeuger zu stärken [29, S. 35]. Diese sog. Raiffeisenempfehlungen sind allerdings in der 1959 veröffentlichten Form nicht angewendet worden [48, S. 50].

Erwartungen auf höhere Milcherzeugerpreise — nicht zuletzt aufgrund der Rhöndorfer Gespräche 1951 — konnten am Markt jedoch nicht realisiert werden. Die im Interesse der Einkommensverbesserung in landwirtschaftlichen Familienbetrieben politisch als notwendig erachtete Anhebung des Milcherzeugerpreises sollte daher schließlich durch Subventionen, in der politischen Sprachregelung durch „Förderungszuschläge“ des Bundes, erreicht werden. Im Zuge des Grünen Planes wurden ab 1. April 1957 für angelieferte Milch, die bestimmte Qualitätsvorschriften erfüllte, 4 Pf je kg, ab April 1958 3 Pf je kg und ab Januar 1963 wieder 4 Pf je kg als Förderungszuschlag gewährt. Diese Zuschläge kamen im Bundesdurchschnitt mehr als 90% der angelieferten Vollmilch zugute. Der Förderungszuschlag wurde 1960 und 1961 noch nachträglich durch die Gewährung eines einmaligen Bonus von etwa 1 Pf je kg Werkmilch aufgestockt.

Die Länder zahlten zusätzlich zu dem Förderungszuschlag des Bundes noch sog. Landesgütepennige, allerdings nicht einheitlich. In einer Zeit, als Niedersachsen je kg einen Pfennig zahlte, erhielten die Milcherzeuger in anderen Ländern bereits zwei Pfennige und in manchen Ländern wurde sogar schon über einen dritten Landespfennig verhandelt.

Föderalismus, d. h. unterschiedliche Handhabungen von Land zu Land auf dem Milchmarkt des Bundesgebietes, herrschte aber nicht nur bei der Milchsubventionierung, sondern auch im Milchausgleich nach § 12 des Milch- und Fettgesetzes und bei der Erhebung der Abgaben für Qualitätsförderung, Fortbildung und Beratung sowie für Werbung nach § 22. Dieser Zustand unterschiedlicher Handhabungen von Land zu Land besserte sich erst mit der Einführung des einheitlichen Bundesausgleichs im Oktober 1963 [18]. Eine bessere Koordinierung der Ausgleichsmaßnahmen in den Ländern hatten allerdings schon die neuen Grundsätze vom Herbst 1960 gebracht. Diese Reform war in Zusammenarbeit zwischen dem Institut für Milchverwertung in Kiel und dem BML vorbereitet worden.

Eine Schwierigkeit bei der Beurteilung der Milchmarktordnung besteht darin, daß es im Bundesgebiet kaum einen Wissenschaftler oder Fachmann in den verschiedenen staatlichen und halbamtlichen Verwaltungen der Milchwirtschaft sowie in der Molkerei-

wirtschaft gibt, der einen vollständigen Überblick über das komplizierte System von Manipulationen hatte, die sich in den fünfziger Jahren in den einzelnen Ländern in der Milch- und Molkereiwirtschaft entwickelt hatten. Dabei geht es vor allem um die Verwendung der Mittel aus dem Trinkmilch/Werkmilch-Ausgleich, der Abgaben nach § 22, der Förderungszuschläge des Bundes und der Länder, der auszuweisenden Einsparungsbeträge durch die Umsatzsteuerbefreiung, für die es nochmals einen eigenen Bundesausgleich gab, und verschiedener Milchfonds auf Bundes- und Landesebene, die von den Erzeugern freiwillig aufgebracht wurden. Fehlte schon der vollständige Überblick über die Manipulationen, deren Ziel letzten Endes doch wohl die Aufbesserung der Milcherlöse für die Erzeuger sein sollte, so ist erklärlich, daß ihre wirtschaftlichen Auswirkungen – z. B. Stützungs- und Ausgleichseffekte – auf die Höhe der Milcherlöse noch weniger eindeutig beurteilt werden konnten [29]. Die Wirkungen eines Teils dieser Manipulationen kumulierten sicherlich. Einzelne Maßnahmen wiederum hoben sich auch gegenseitig auf; dies trifft z. B. für die unterschiedliche Auszahlung von Landesgütepennigen zu. Der nach 1963 erzielte einheitliche Bundesausgleich wurde nämlich z. T. wieder unwirksam, wenn in einem Werkmilchland nur ein Landespfennig gezahlt wurde, während ein Trinkmilchland den doppelten Satz von 2 Pf gewährte. Noch problematischer blieb die Verwendung von Mitteln, die letzten Endes die Milch-erzeuger lt. Milch- und Fettgesetz oder auch freiwillig aufgebracht hatten für die verschiedensten Manipulationen auf dem Trinkmilch-, Butter-, Käse- und Milchpulvermarkt. Es handelt sich u. a. um „Preisauauffüllungen“ bei der genossenschaftlichen Buttervermarktung, um inner- und übergebietliche Frachtausgleiche bzw. Frachtkostenzuschüsse bei Butter und Zuschüsse für Magermilchtrocknung und Trinkmilchversand.

Als sich das Instrumentarium der finanziellen Manipulationen auf dem Milchmarkt noch nicht in seiner ganzen Mannigfaltigkeit entwickelt hatte, wurde 1952 im BML auf Anregung von Professor Baade, Kiel, ein milchwirtschaftliches Forschungsprogramm besprochen. Professor Baade legte damals Wert auf die Darstellung von Milchmärkten nach dem Vorbild der Untersuchung des Berliner Milchmarktes 1928 [4].

In diesem Forschungsprogramm wurden Monographien der Trinkmilchmärkte [31] und Analysen ausländischer Milchmärkte [1, 13, 53, 55] veröffentlicht. Diese Arbeiten brachten eine Fülle von Material, nahmen aber in der Mehrzahl die Milchmarktordnung weitgehend als gegeben hin.

In der Handhabung und Wirksamkeit des Instrumentariums der Milchmarktordnung lag aber nach Völkenroder Auffassung, die in der vorher erwähnten Besprechung vertreten wurde, der Kern der anzustrebenden Untersuchungen, die selbstverständlich manches politische heiße Eisen anrühren mußten. Speziell die von Völkenrode gewünschte Untersuchung des Trinkmilch/Werkmilch-Ausgleichs stieß auf Ablehnung. Daraufhin bemühte sich das Völkenroder Institut, die Milchmarktprobleme nach eigenen Vorstellungen anzugehen. Ergebnis dieser Untersuchungen [22, 35] war – wie erwartet –, daß Trinkmilchmolkereien vielfach über keine ausreichenden Anlieferungen verfügten und daher nicht genügend interessiert waren, eine aktive Verkaufspolitik für Trinkmilch im weiteren Sinne zu betreiben. Grundgedanke der Völkenroder Vorschläge war, den bisher staatlichen Trinkmilch/Werkmilch-Ausgleich einzuschränken und den Ausgleich stärker auf die betriebliche Ebene zu verlagern. Für Molkereien in den Städten sollten größere Einzugsgebiete evtl. durch Zusammenschluß mit Nachbarmolkereien (im Ruhrgebiet auch mit entfernteren Werkmilchmolkereien) festgelegt werden, die in dem Absatzgebiet eine Anlieferungsmenge von mindestens 200 kg je Nichtselbstversorger und Jahr sicherte. Viele Maßnahmen, die im Interesse der Milchversorgung von den milchwirtschaftlichen Landesvereinigungen wahrgenommen wurden, hätten unter entsprechender Herabsetzung der Trinkmilchabgaben innerhalb größerer Molkereizusammenschlüsse auf kaufmännischer Basis abgewickelt werden können. Hier sei vermerkt, daß jetzt bei dem zu erwartenden Wegfall der Einzugs- und

Absatzgebiete solche Zusammenschlüsse mit engeren oder lockeren vertraglichen Vereinbarungen empfohlen werden.

Das Tabu der Milchmarktordnung lag auch über der Diskussion Teichmann-Kiefer im Jahre 1956. TEICHMANN [49] forderte eine Reform der Milchmarktordnung; er verkannte dabei nicht die psychologischen Schwierigkeiten einer Reform. „Eine Regelung, die zwei Jahrzehnte in Kraft war, entwickelt ein Eigenleben aus sich heraus.“ KIEFER [19] sah in seiner Entgegnung in den „Reformvorschlägen“ Teichmanns das Ende der Marktordnung mit allen Konsequenzen. Dabei wurde vor allem die Erinnerung an die Preiszusammenbrüche auf dem Buttermarkt und später auch auf den Trinkmilchmärkten in der Weltwirtschaftskrise 1930 bis 1932 beschworen.

Auch die Denkschrift der Kieler Forschungsanstalt aus dem Jahre 1954 [20] nahm die Milchmarktordnung weitgehend als gegeben hin.

Der umfangreiche Bericht, den ESCHÉ zusammen mit DREWS [8] für die milchwirtschaftliche OEEC-Tagung in Kiel im November 1961 vorlegte, behandelt neben Fragen der Rationalisierung in der Milch- und Molkereiwirtschaft auch die Funktionen der Marktregelungen und Subventionen. Dabei wurde auf die Problematik von Milchpreisstützungen, wie sie auch in der Bundesrepublik praktiziert werden, eingegangen, und es wurde u. a. gezeigt, daß am Milchmarkt aus ursprünglichen „Erzeugersubventionen“ bei den Elastizitäten des Angebots und der Nachfrage weitgehend „Verbrauchersubventionen“ wurden. Diese Zusammenhänge und die Problematik des Förderungszuschlages wurde von PLATE [34] noch eingehender dargestellt.

Die Subventionierung der an die Molkereien gelieferten Milch hatte im Bundesgebiet die Ablieferung an die Molkereien zu Lasten der Milchverwendung im Erzeugerbetrieb sehr gefördert: 1955/56, im letzten Jahr vor der Subventionierung, wurden in den norddeutschen Ländern 76 bis 86% der Milcherzeugung an Molkereien geliefert, 1966/67 dagegen rd. 90%. In den süddeutschen Ländern lagen die Anteile 1955/56 noch zwischen 52 und 67% und stiegen bis 1966/67 auf 73 bis 79%.

Ähnliche Unterschiede bei den Molkereianlieferungen gibt es auch zwischen den Mitgliedstaaten der EWG: die Niederlande entsprechen mit ihrem Anteil von mehr als 90% ungefähr den norddeutschen Ländern. Aber Frankreich mit rd. 60% Molkereianteil und Belgien mit zwei Dritteln verwerten noch erhebliche Milchmengen außerhalb der Molkereien. In diesen Ländern ist daher in den nächsten Jahren mit einer stärkeren Zunahme bei der Molkereianlieferung als bei der Milcherzeugung zu rechnen; dies wird vor allem eintreten, weil in der Regel nur die Molkereimilch durch Marktmanipulationen begünstigt wird.

Mit der Verminderung der in den landwirtschaftlichen Betrieben verwendeten Milchmengen wurde im Bundesgebiet auch die Verfütterung von Vollmilch eingeschränkt. Diese Entwicklung wurde auch noch von einer anderen Seite her gefördert, nämlich durch die Fortschritte bei der Verwendung von Milchaustauschfuttermitteln.

4.2 Die Milchmarktregelungen in der EWG seit 1964

In die gemeinsame Marktorganisation für Milch und Milcherzeugnisse werden wesentliche Teile der deutschen Milchmarktordnung nicht übernommen und müssen im Bundesgebiet nach gewissen Übergangszeiten abgebaut werden; dabei handelt es sich um die Subventionierung der angelieferten Vollmilch und den Trinkmilch/Werkmilch-Ausgleich, die Ende Juli 1968 eingestellt wurden. Das mit dem Ausgleich zusammenhängende System der Einzugs- und Absatzgebiete bleibt dagegen noch bis Ende 1969 in Kraft.

Um einen einheitlichen Milchmarkt in der EWG zu schaffen, mußten die sehr unterschiedlichen Milcherzeugerpreise in den Mitgliedsländern allmählich angeglichen werden (vgl. Tabelle 12).

TABELLE 12 Die Annäherung der Milcherzeugerpreise in den EWG-Ländern
(DM je 100 kg bei 3,7% Fett ab Hof)

| Land | Erzeuger- preise ¹⁾ | Richtpreise Milchwirtschaftsjahre | | | | |
|----------------|-----------------------------------|--------------------------------------|---------------|---------------|---------------|--|
| | 1963 | 1964/ 1965 | 1965/ 1966 | 1966/ 1967 | 1967/ 1968 | 1968/ 1969 |
| Obere Grenze | — | 42,00 ²⁾ | 41,20 | 41,20 | — | |
| Italien | 42,00 | 41,60 | 41,18 | 41,18 | 41,18 | Gemein- samer Richt- preis: 39,00 ³⁾ |
| Luxemburg | 38,16 | 39,60 | 39,60 | 39,60 | 39,60 | |
| Belgien | 31,20 | 37,78 | 39,42 | 39,42 | 39,42 | |
| BR Deutschland | 36,10 | 37,70 | 38,00 | 38,00 | 38,50 | |
| Niederlande | 31,22 | 34,26 | 35,36 | 37,02 | 38,67 | |
| Frankreich | 32,06 | 31,88 | 34,02 | 36,26 | 37,17 | |
| Untere Grenze | — | 31,80 | 33,00 | 34,50 | — | |

¹⁾ Mittel der Preise, die in jedem Mitgliedsstaat die Gesamtheit der Milcherzeuger im Jahre 1963 (Referenzzeitraum) für ihre insgesamt verkaufte Milch ab Hof bei 3,7% Fett erhalten hat. —

²⁾ Belgien, Deutschland, Frankreich und die Niederlande verpflichteten sich, 38,64 DM nicht zu überschreiten. — ³⁾ VO Nr. 886/68/EWG des Rates vom 28. 6. 1968.

Quelle: Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften.

Der gemeinsame Richtpreis ist für das Milchwirtschaftsjahr 1968/69 in Höhe von 39 Pf/kg ab Hof festgesetzt worden. Dieser Preis ab Hof entspricht etwa 41,2 Pf/kg frei Molkerei. Der Richtpreis wird z. Z. im Bundesgebiet am Markt nicht realisiert, sondern nur mit Hilfe von Subventionen (vgl. Tabelle 13).

Die Abschirmung des deutschen und später des EWG-Milchmarktes gegen Importe von Molkereiprodukten aus Drittländern durch das Abschöpfungs-system konnte das

TABELLE 13 Die Erzeugerpreise für Milch in der Bundesrepublik Deutschland

| Jahr | Fett | Auszahlung | dav. Förderungs- zuschläge | „Markterlös“ |
|--------------------|------|------------------------|-------------------------------|--------------|
| | % | Pf je kg frei Molkerei | | |
| 1960 | 3,72 | 33,60 | 3,30 | 30,30 |
| 1961 | 3,75 | 34,87 | 3,44 | 31,43 |
| 1962 | 3,77 | 35,87 | 4,13 | 31,74 |
| 1963 | 3,78 | 38,04 | 5,66 | 32,38 |
| 1964 | 3,78 | 39,88 | 5,77 | 34,11 |
| 1965 | 3,74 | 40,37 | 5,77 | 34,60 |
| 1966 | 3,72 | 40,44 | 5,37 | 35,17 |
| 1967 | 3,74 | 40,1 | 2,7 | 37,4 |
| Januar-Juni | | | | |
| 1967 | 3,70 | 39,4 | 3,4 | 36,0 |
| 1968 ¹⁾ | 3,73 | 39,8 (38,0) | 1,6 | 38,2 (36,4) |

¹⁾ Mit bzw. ohne (. . .) Mehrwertsteuer.

Quelle: Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

angestrebte Milchpreisniveau nur so lange sichern, wie sich keine Überschüsse bildeten. Als die Milcherzeugung immer schneller und stärker zunahm als der Verbrauch, sicherte die Pflichtintervention bei Butter zwar den entsprechenden Milcherzeugerpreis; denn alle nicht anders zu verwertende Milch konnte verbuttert werden. Das Problem bleibt aber mit dem einmal notwendigen Abbau der Butterüberschüsse offen und verschärft sich, solange die Milchüberschüsse weiter anwachsen, d. h. solange Milchangebot und -nachfrage nicht im Gleichgewicht sind. Die Intervention beim Milchlager wird nunmehr durch die Intervention bei Magermilchpulver ergänzt.

Während in der EWG über das System der Abschöpfungen als Instrument des Außenhandelschutzes weitgehend Einigkeit besteht, muß auf die Bewertung von Milcheiweiß und -fett und dabei vor allem auf eine höhere Bewertung des Eiweißes sowie auf die Auswirkungen der Relation der Erzeugerpreise von Milch und Schlachtrindern noch näher eingegangen werden.

4.2.1 *Zur Höherbewertung des Milcheiweißes in der EWG*

In der Bundesrepublik Deutschland wurde bisher die an Molkereien gelieferte Vollmilch subventioniert und dadurch ungefähr der gemeinsame Richtpreis erzielt. In der EWG soll dieser Richtpreis künftig am Markt, also ohne Subventionen, erreicht werden. Bei Trinkmilch – auch Kondensmilch – und bei Käse bedeutet dies für die Milchwirtschaft des Bundesgebietes eine entsprechende Anhebung der Preise, und zwar überwiegend für den Eiweißanteil dieser Nahrungsmittel. Ihr Fettanteil würde sich praktisch nur in dem Maße verteuern, wie der Butterpreis heraufgesetzt wird. Selbst bei der optimistischen Annahme, daß der Verbrauch von Trinkmilch und Käse durch die Preiserhöhungen nicht beeinträchtigt wird, bleibt das Problem der Magermilchverwertung aus der Butterherstellung noch ungelöst.

Nach der EWG-Milchmarktregelung wird nun nicht mehr die angelieferte Vollmilch, sondern nur das Milcheiweiß, das als Magermilch oder Magermilchpulver verfüttert wird, subventioniert. Nach den Beschlüssen des Ministerrats soll für flüssige Magermilch zu Futterzwecken 6,- DM/100 kg gewährt werden und für Magermilchpulver statt der zunächst vorgesehenen 60,- DM/100 kg im Hinblick auf die wachsenden Überschüsse an Magermilchpulver nur 33,- DM/100 kg. Die Eiweißintervention bei Rückgabemagermilch und Magermilchpulver für Futterzwecke ist in ihrem Grundgedanken im Institut für Betriebswirtschaft und Marktforschung der Bundesanstalt für Milchforschung Kiel entwickelt worden [33].

Ob die Subventionierung der verfütterten Magermilch – auf das Bundesgebiet bezogen – zur Erzielung gleicher Milcherzeugerpreise weniger Mittel erfordert als die frühere Subventionierung der angelieferten Vollmilch, kann erst die weitere Entwicklung zeigen. Es hängt weitgehend davon ab, ob es gelingt, bei Trinkmilch- und Molkeprodukten die frühere Subvention von rd. 6 Pf je kg angelieferter Milch den Verbrauchern durch entsprechende Erhöhungen der Verbraucherpreise anzulasten, ohne dabei jedoch den Verbrauch zu beeinträchtigen.

Die Einsicht ist nicht neu, daß es wünschenswert wäre, einen möglichst großen Teil des hochwertigen Milcheiweißes finanziell besser zu verwerten, indem es der menschlichen Ernährung direkt zugeführt wird und nicht über die Verfütterung an Kälber und Schweine [36]. Aber selbst in der Reichsnährstandszeit und in den Jahren des zweiten Weltkrieges, als tierisches Eiweiß knapp war, ist es nicht gelungen, nennenswerte Mengen an Milcheiweiß zusätzlich der menschlichen Ernährung nutzbar zu machen.

Die Verfütterung von Magermilch bzw. Milcheiweiß ist in den Mitgliedsstaaten der EWG sehr unterschiedlich. In der Bundesrepublik geht mehr als die Hälfte der anfallenden Magermilch in den Futtertrog. Italien hat bei seiner geringen Buttererzeu-

gung auch nur einen geringen Magermilchanfall. Belgien, Luxemburg und Frankreich verfüttern auch erhebliche Mengen.

Verhältnismäßig am niedrigsten ist die Verfütterung von flüssiger Magermilch in den Niederlanden, weil größere Mengen Milcheiweiß der Herstellung von Käse, Kondensmilch und Vollmilchpulver dienen; von diesen Produkten werden erhebliche Mengen exportiert. Magermilchpulver führten die Niederlande sogar noch aus Drittländern ein.

STAMER [46, 47] rechnet damit, daß auch in den nächsten Jahren der größte Anteil des Milcheiweißes verfüttert werden muß. Diese Magermilch konkurrierte z. T. mit dem billigen Fischmehl- und Sojaweiß und könne daher nur eine Verwertung von etwa 4 bis 6 Pf/kg erzielen.

Noch eingehender hat BÖCKENHOFF [3] das Milcheiweißproblem untersucht und kommt zu dem Ergebnis, daß nach Abzug des Eiweißbedarfs für die Rindviehhaltung (Kälberaufzucht und -mast) im Bundesgebiet noch etwa ein Drittel des erzeugten Milcheiweißes inferior verwertet werden muß. Er erwartet auch durch die Bildung des Gemeinsamen Marktes keine grundsätzliche Änderung dieser Situation. „Von der Versorgungssituation her betrachtet ist damit z. Z. in der Bundesrepublik Deutschland eine Förderung der Eiweißproduktion zu Lasten des Milchfettes durch die Bezahlung der Milch auch nach dem Eiweißgehalt nicht sinnvoll.“

Die Eingriffe auf dem Magermilchsektor im Rahmen der EWG-Marktregelungen, vor allem die Beihilfen für Magermilch und Magermilchpulver für Futterzwecke sowie die Intervention bei Magermilchpulver, bringen die Verwertung des Milcheiweißes in eine starke Abhängigkeit von politischen Entscheidungen. Werden diese Eingriffe nicht richtig dosiert und aufeinander abgestimmt, können sie zu Fehlentwicklungen bei dem Umfang der Magermilchrückgabe an die Milchzeuger, bei der Verfütterung von flüssiger oder getrockneter Magermilch, bei der Magermilchtrocknung, aber auch bei anderen Verwertungen des Milcheiweißes wie in der Käserei führen. Probleme der Magermilchtrocknung hat in letzter Zeit RÖCKSEISEN [39] eingehender behandelt.

4.2.2 *Der Einfluß der Preisrelation Milch : Schlachtrinder auf die Milcherzeugung*

Um bei den Koppelprodukten Milch und Rindfleisch, die von der Nachfrageseite mehr begünstigte Fleischproduktion zu Lasten der zur Überschufbildung tendierenden Milcherzeugung zu verstärken, wurde bisher allgemein eine Relation der Erzeugerpreise von Milch zu Schlachtrindern von 1:7 oder mehr für erforderlich gehalten [9, S. 34; 21, S. 5]. Diese These wird von RUF [40] nicht anerkannt. Zuzustimmen ist der Feststellung von Ruf, daß der Spielraum für Erhöhungen der Schlachtrinderpreise zur Ausweitung dieser Relation äußerst eng ist. Immerhin dürfte auf längere Sicht noch mit einem weiteren realen Preisanstieg bei Rindern und Kälbern zu rechnen sein. Selbstverständlich ist nicht nur die Relation der Erzeugerpreise von Milch und Schlachtrindern, sondern auch das Niveau dieser beiden Preise innerhalb des Agrarpreisniveaus zu beachten. Kurzfristig kann die Ausweitung der Preisrelation Milch : Fleisch nur durch Senkung des Milchpreises erfolgen, die Ruf allerdings aus politischen Gründen nicht für realistisch hält. Die Milchpreissenkung hätte aber auch aus einem anderen Grunde keinen Sinn, weil ein hoher Preis für Schlachtrinder auch die Milchproduktion stimulierte.

Selbstverständlich beleben hohe Schlachtrinder- und Kälberpreise die Nachfrage nach Kälbern zur Kälber- und Rindermast. Mehr Kälber sind durch Vergrößerung des Kuhbestandes aber auch durch Verbesserung der Abkalbe- und Aufzuchtquote zu erzielen. Selbstverständlich verbessern höhere Kälberpreise und höhere Preise für ausgemerzte Milchkühe die Wirtschaftlichkeit der Milchkuhhaltung. Die Milchproduzenten müssen sich jedoch stärker bewußt werden, daß die Rentabilität der Milchkuhhaltung künftig noch mehr als bisher bei der Milch *und* dem Kalb zu suchen ist [28]. Wenn

Kälber und Schlachtkühe entsprechend höhere Erlöse bringen, braucht daher die Wirtschaftlichkeit der Milchkuhhaltung auch bei rückläufigem Milchpreis nicht ungünstiger zu werden. Wenn RUF [40, S. 7] schließlich sagt, daß die Rindviehhaltung zwar durch einen im Verhältnis zum Schlachtrinderpreis sehr hohen Milchpreis bevorzugt auf die Milcherzeugung ausgerichtet werden kann, umgekehrt aber nicht durch einen relativ hohen Schlachtrinderpreis auf einseitige Fleischerzeugung, so wird hier mehr verlangt als notwendig ist. Es geht nicht um „einseitige“ Fleischerzeugung wie auch nicht um „einseitige“ Milcherzeugung. Es genügt unter Umständen schon, wenn die Rindviehhaltung nicht durch einen relativ zu hohen Milchpreis bevorzugt auf die Milcherzeugung ausgerichtet wird.

Um die Wirkung der Preisrelation Milch : Schlachtrinder zu analysieren, sind Durchschnittswerte für das gesamte Bundesgebiet sicherlich nicht geeignet. Denn während bei der Milch durch den Bundesausgleich, ergänzt durch zusätzliche Maßnahmen (z. B. Frachtausgleich), die Erzeugerpreise nivelliert wurden, wirkten sich bei Schlachtrindern die höheren Transport- und Vermarktungskosten in marktfernen Gebieten stärker auf die Erzeugerpreise aus. Für den einzelnen Betrieb sind aber letzten Endes bei der Frage Milch oder Fleisch die zu erzielenden Ab-Hof-Preise für die beiden Produkte entscheidend, die in der Kalkulation einzusetzen sind.

Seit 1950 hat sich im Bundesgebiet die Produktion von der Milch bereits zugunsten der Mast verlagert, wie die folgenden Daten zeigen. Je 1000 kg Kuhmilch wurden im Bundesgebiet folgende Mengen an Rind- und Kalbfleisch erzeugt:

| | |
|-----------------|--------------------------|
| 1950/51—1955/56 | 42,6 kg Schlachtgewicht |
| 1956/57—1961/62 | 48,6 kg Schlachtgewicht |
| 1962/63—1967/68 | 52,1 kg Schlachtgewicht. |

Hinter dieser Tendenz zur Fleischproduktion verbergen sich erhebliche Schwankungen von Jahr zu Jahr. Diese Schwankungen lassen sich annähernd durch die Veränderung in der Preisrelation Milch : Fleisch erklären, und zwar mit einem time-lag von etwa zwei Jahren.

4.3 Exkurs: Probleme der Milchmarktregelungen im Ausland

Das Instrumentarium der Milchmarktregelung ist von Land zu Land sehr unterschiedlich. Vor allem die Versorgungslage mit Milch und Molkereiprodukten und die Grundtendenz der Wirtschafts- und Agrarpolitik entscheiden über die möglichen Wege. Wichtigstes Ziel aller Milchmarktregelungen ist wohl eine Besserstellung der Milcherzeuger. Hier können nur Besonderheiten einiger Länder hervorgehoben werden:

Die Schweiz hatte lange Zeit aus einem „Veredlungsverkehr“ die Mittel gewinnen können, um ihren Milcherzeugern, darunter vielen Bergbauernbetrieben, höhere Milchpreise zu sichern. Der Export von hochwertigen schweizer Käsearten und der Import billigerer Butter, deren Preis durch Abschöpfungen auf das höhere Preisniveau in der Schweiz angehoben wurde, lieferten die Mittel. Als mit steigender Milchproduktion die Buttereinfuhren immer mehr schrumpften, mußte der Milcherzeugerpreis mehr und mehr aus Steuermitteln gestützt werden. WILBRANDT [55] beschreibt diesen „technisch hervorragend funktionierenden Regulierungsmechanismus“ am Schweizer Milchmarkt, untersucht aber auch die Problematik der Milchpreisstützung, überhaupt allgemein die Agrarpreisstützung und die Rückwirkungen auf die Landwirtschaft und die gesamte Volkswirtschaft und weist auf Nachteile und Reformbedürftigkeit des Systems hin.

Ein völlig anderes Bild bietet der Milchmarkt in Großbritannien. Die heimische Milcherzeugung dient dort überwiegend der Trinkmilchversorgung mit verhältnismäßig günstigen Erlösen; nur gewisse Reservemengen — vor allem im Saisonverlauf — dienen als Werkmilch. Sorgen um Werkmilchgebiete sind in Großbritannien unbekannt; die britischen Werkmilchgebiete liegen vielmehr in den europäischen Milchüberschußländern und in Ozeanien; diese

Länder haben die Risiken und Sorgen. Die günstige Marktstellung als Hauptimportland von Butter und Käse ist Großbritannien dabei stets zugute gekommen und genutzt worden.

In den *Niederlanden* [42] hatten die Milcherzeuger einen Garantiepreis, der allerdings ab 1957/58 wegen der starken Zunahme der Milchproduktion auf eine bestimmte Milchmenge begrenzt wurde. In der unterschiedlichen Auffüllung der Erlöse bei ungünstiger Verwertung zum Garantiepreis oder der Abschöpfung von über dem Garantiepreis liegenden Verwertungen (z. B. bei Trinkmilch) erfüllte dieses System gleichzeitig die Aufgaben von Stützung und Ausgleich, die in der Bundesrepublik Deutschland dem Förderungszuschlag und getrennt davon dem Trinkmilch/Werkmilch-Ausgleich gestellt waren.

Aus den *USA* schließlich ist die Einhegung der Trinkmilchmärkte mit ausreichenden Reserven für die Trinkmilchversorgung bekannt. Die hier zugelassenen Milchproduzenten und Molkeereien erzielen höhere Preise entsprechend den Kosten der Trinkmilcherzeugung und -bearbeitung, die vor allem aufgrund der hygienischen Anforderungen höher sind. An die Milch, die nicht an solche Trinkmilchmärkte geliefert wird, werden nicht so hohe Anforderungen gestellt, aber dafür auch niedrigere Preise gezahlt. In der Bundesrepublik Deutschland wird dagegen auch in marktfernen Werkmilchmolkereien Butter aus einer Vollmilch hergestellt, die die Anforderung zur Trinkmilchherstellung erfüllt; dies hat zweifellos zu dem hohen Qualitätsstand der Deutschen Markenbutter wesentlich beigetragen.

5 Anpassung von Milcherzeugung und -verbrauch in der EWG

Zur besseren Anpassung von Erzeugung und Verbrauch bieten sich drei Wege:

- Verbrauchssteigerungen im Inland
- Exportsteigerungen
- Drosselung der Produktion.

Auch noch so geringe Möglichkeiten auf jedem dieser drei Wege sollten genutzt werden, weil es kein Universalmittel für die Lösung der Schwierigkeiten auf dem EWG-Milchmarkt gibt.

5.1 *Verbrauchssteigerungen bei Milch und Molkereiprodukten*

Verbrauchssteigerungen bei Milch und Molkereiprodukten sind auch im EWG-Raum künftig bei zunehmender Bevölkerung und im Zuge weiterer Wohlstandssteigerungen zu erwarten. Geringere Erfolge oder gar Rückschläge sind am wenigsten zu befürchten, wenn die Verbraucher nicht durch zu starke Preiserhöhungen vergrämt werden. Stärkere Preiserhöhungen bei einzelnen Milchprodukten können außerdem zu Produktionsverlagerungen und -ausweitungen führen, die die Aufnahmefähigkeit des Marktes für dieses Produkt überschreiten und wiederum Preisrückschläge auslösen. Andererseits ist es notwendig, daß den Betrieben der Milch- und Molkereiwirtschaft, die sich um Absatzsteigerungen in ihrem Bereich erfolgreich bemühen, nicht durch staatliche Manipulationen der Anreiz zu weiteren Bemühungen genommen wird, weil ihnen nicht der wirtschaftliche Erfolg gelassen wird.

Bei den Schwierigkeiten, die gerade einer wünschenswerten Ausweitung des Trinkmilchabsatzes entgegenstehen, sollte alles unterbleiben, was zu Rückschlägen führt. Die gegenteilige Praxis zeigt sich z. B. in der „Schulmilch“-Politik in der Bundesrepublik. Der Milchabsatz in den Schulen wurde bis Ende 1965 durch Bund, Länder und Kommunen verbilligt. Ab 1. Januar 1966 stellte der Bund diese Subventionierung ein; auch einzelne Länder schränkten unter dem Druck finanzieller Schwierigkeiten ihre Zuschüsse ein, so daß Schulmilch seitdem weitgehend nur noch zum Normalpreis geliefert werden kann. Die vierteljährliche Entwicklung des Absatzes in den Schulen, der leider erst seit Juli 1965 gesondert ausgewiesen wird, zeigt Tabelle 14. Die Einstellung der Schulmilchsubventionierung fiel in die Zeit, in der mit Kurzschuljahren der Schuljahresbeginn umgestellt wurde. Es ist daher nicht eindeutig zu klären, ob der Absatzrück-

TABELLE 14 Der Schulmilchabsatz in der Bundesrepublik Deutschland (1000 t)

| Vierteljahr | Milch | | | Kakaotrunk | | |
|------------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|
| | 1965/ 1966 | 1966/ 1967 | 1967/ 1968 | 1965/ 1966 | 1966/ 1967 | 1967/ 1968 |
| Juli/September | 4,9 | 3,4 | 2,9 | 13,4 | 11,1 | 9,9 |
| Oktober/Dezember | 7,3 | 3,9 | 4,7 | 20,8 | 13,4 | 17,7 |
| Januar/März | 5,8 | 4,1 | 4,9 | 20,3 | 15,4 | 18,3 |
| April/Juni | 4,8 | 4,3 | 3,8 | 15,7 | 16,0 | 12,1 |
| Juli/Juni | 22,8 | 15,7 | 16,3 | 70,2 | 55,9 | 58,0 |

Quelle: BML: „Stat. Monatsberichte“.

gang von 1966 bis zum Sommer 1967 ausschließlich auf den Fortfall der Verbilligung zurückzuführen ist. Die erfreuliche Absatzsteigerung seit Oktober 1967 erreichte jedenfalls noch nicht wieder die Absatzzahlen von Juli/Dezember 1965, dem letzten Halbjahr mit voller Verbilligung. Das Vierteljahr April/Juni 1968 brachte sogar wieder einen Rückschlag. Hier erhebt sich die Frage, ob bei Aufwendungen des Bundes für die recht problematische Preisstützung oder – wie es im Bundeshaushalt heißt – für die „Qualitätsverbesserung der Milch“ in Höhe von mehr als $\frac{1}{2}$ Milliarde DM die Einsparung der 10 Millionen DM für die Schulmilchspeisung richtig war. Schließlich können mit der Schulmilch Kinder und Jugendliche zu Milchtrinkern erzogen werden. Es ist daher zu begrüßen, daß über die Schulmilch im Rahmen der EWG wieder diskutiert wird.

Eine Verbrauchssteigerung – wenigstens für MilCHFett – wäre auch zu erreichen, wenn die Trinkmilch künftig im Bundesgebiet auf einen höheren Fettgehalt eingestellt würde. Um nachteilige Folgen einer Trinkmilchpreiserhöhung wegen dieser „Auffettung“ zu vermeiden, empfiehlt der Wissenschaftliche Beirat beim BML [52, S. 9] diese Maßnahme „gleichzeitig mit der Neuordnung der Milchpreispolitik (d. h. einer Senkung des Milch-erzeugerpreises) vorzunehmen. Bei einer Qualitätsverbesserung durch ‚Auffettung‘ könnte die Trinkmilch dann von der Preissenkung der übrigen Milcherzeugnisse ausgenommen werden“.

Der Fettgehalt der Frischmilch war im zweiten Weltkrieg auf 2,5% herabgesetzt worden; er wurde im Mai 1950 zunächst auf 2,8% und im März 1952 auf 3,0% erhöht. Neben dieser „Normalmilch“ mit 3,0% Fett gibt es als gehobene Milchsorte die sog. „Markenmilch“ mit 3,5% Fett. Die Molkereien setzten im Bundesgebiet 1967/68 insgesamt 2 630 000 t standardisierte Frischmilch ab und darunter nur 210 000 t Markenmilch (rd. 8%); der Absatz von Markenmilch hat sogar leicht abgenommen. Daneben gibt es im Bundesgebiet noch sog. „Vorzugsmilch“, eine Rohmilch – also nicht pasteurisiert – mit ihrem natürlichen Fettgehalt, mindestens jedoch 3,1%. Der Absatz im Bundesgebiet wird auf knapp 30 000 t geschätzt; der Verbraucher zahlt etwa 1,- DM je Liter. Die günstigste Zeit für eine Auffettung der Trinkmilch war sicherlich in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre, in der Zeit der „Freßwelle“. Als Einzelmaßnahme wurde in der Bundesrepublik Deutschland der Fettgehalt ab 1. 11. 1968 auf 3,3% bei gleichzeitiger Erhöhung des Verbraucherpreises um 4 Pf/Liter heraufgesetzt.

Der Markt einer zweiten billigeren Buttersorte, wie er in der Bundesrepublik durch die verbilligte Abgabe aus Interventionsbeständen beschickt wurde, wird in seinen Auswirkungen auf den Butterabsatz unterschiedlich beurteilt. Ohne Zweifel verdrängt die billigere „Molkereibutter“ zu einem Teil nur „Deutsche Markenbutter“. Wer aber die

Butternachfrage nicht für weitgehend preisunelastisch ansieht [14, S. 55], wird der Abgabe von jährlich über 100 000 t verbilligter Butter seit 1965, die mehr als einem Viertel des Marktangebots entsprechen (vgl. Tabelle 9), nicht für bedeutungslos halten können. Seit Herbst 1968 soll im Rahmen des gemeinsamen Milchmarktes Butter für den Haushaltsverbrauch allgemein nur noch in geringem Maße verbilligt werden; verstärkt werden sollen dagegen Einzelaktionen, die die Gewähr für einen wirklichen zusätzlichen Verbrauch bieten, wie die verbilligte Butterabgabe an Gemeinschaftsverpflegungen, vor allem bei gemeinnützigen Einrichtungen, sowie zur Herstellung von Butterschmalz. Alle diese „Verbilligungen“ zum Abbau der Butterbestände erfordern jedoch erhebliche Mittel.

Die Vorschläge, das Substitutionsprodukt Margarine zu verteuern, um den Butterabsatz zu beleben, sind jedoch abzulehnen, weil sie keine Aussicht auf Erfolg haben. Daß höhere Margarinepreise dem Butterverbrauch abträglich sind, hat zuletzt erst wieder Hesse [14, S. 56] zeigen können. Wenn die Verfechter einer Margarinepreiserhöhung für ihre These die Erfolge der deutschen Fettpolitik 1933 anführen, übersehen sie, daß damals nicht die Margarineverteuerung, sondern die Margarineverknappung das entscheidende Instrument war.

Der angenehmste Weg, das Mißverhältnis zwischen Milchangebot und -nachfrage zu beheben, führt sicherlich über Verbrauchssteigerungen. Optimismus, der in manchen Stellungnahmen zu finden ist [21, 46], dürfte nach den Erfahrungen der letzten Jahre jedoch nicht mehr berechtigt sein; viele lobenswerte heutige Bemühungen und Empfehlungen hätten vor einem Jahrzehnt größere Chancen gehabt.

5.2 *Exportmöglichkeiten für Molkereiprodukte*

Die Umsätze im internationalen Handel mit Molkereiprodukten sind in den letzten Jahren kräftig gestiegen. Das wachsende Angebot drückte jedoch die Weltmarktpreise.

Bei dem Hauptprodukt Butter hatte sich Großbritannien, das etwa zwei Drittel der Weltausfuhren an Butter aufnimmt, schon im Herbst 1961 durch Kontingentierung abgeschirmt, nicht zuletzt im Interesse seiner Hauptlieferanten Neuseeland, Australien und Dänemark; denn selbst der britische Buttermarkt war zu klein, um die Angebots- und Nachfrageschöße der übrigen Welt seinerzeit aufzufangen. Sogar Länder, die in der Regel selbst Butter einfuhrten, versuchten damals den britischen Markt zu beliefern. Eine Lücke in der Butterkontingentierung Großbritanniens ermöglichte zunächst steigende EWG-Lieferungen von Butterschmalz; auch diese Lücke wurde im November 1967 weitgehend geschlossen. Mit wirklich entlastenden Butterexporten der EWG in Drittländer ist jedenfalls nicht zu rechnen.

Beim Käse bahnt sich ähnliches an. Eine Kontingentierung der britischen Käseimporte ist bereits im Gespräch. Auch die USA sperren sich gegen Käseimporte. Immerhin wird es auch künftig einen vielleicht sich noch ausweitenden Käseweltmarkt geben; dabei handelt es sich dann aber weitgehend um einen Sorten- und Qualitätsaustausch, an dem sich auch die EWG-Länder beteiligen werden. Die Aussichten, größere Milchüberschüsse aus dem EWG-Raum in Form von Käse in Drittländer zu liefern, sind gering.

Bei Dauermilcherzeugnissen sind von den Mitgliedstaaten der EWG die Niederlande und mit Abstand Frankreich Exporteure von Kondensmilch; Trockenmilcherzeugnisse liefern alle Länder, außer Italien. Zur Lage am Weltmarkt für Milchpulver und zur Problematik der Außenhandelspolitik der EWG bei Milchpulver hat u. a. RÖCKEISEN [39, S. 23 und 173] eingehend Stellung genommen. Für kommerzielle Lieferungen von Dauermilcherzeugnissen werden sich auch künftig für den EWG-Raum Chancen bieten. Eine nachhaltige Entlastung von Milchüberschüssen wird dem EWG-Raum jedoch auch hier nicht möglich sein. Die EWG-Milchwirtschaft sollte jedenfalls nicht darauf spekulieren, daß sie künftig mehr Milch für die hungernde Bevölke-

rung in den Entwicklungsländern unter marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten produzieren könnte. Selbstverständlich sind Geschenklieferungen aus humanitären und karitativen Gründen immer möglich.

Die Überschusssituation bei Milch ist nicht auf den EWG-Raum beschränkt. Zur Zeit haben im besonderen auch die Schweiz und Österreich [44] Sorgen mit der wirtschaftlichen Verwertung ihrer steigenden Milchproduktion.

5.3 *Drosselung des Produktionsanstiegs bei Milch*

Da bei Milch und Molkereierzeugnissen die Möglichkeit sowohl für Absatzsteigerungen im EWG-Raum als auch für den Export in Drittländer nicht zu größeren Hoffnungen berechtigen, bleiben als aussichtsreichster Weg Maßnahmen, mindestens eine weitere schnelle Zunahme der Milcherzeugung in der EWG zu bremsen.

6 Möglichkeiten zur Drosselung der Milchproduktion

Die Milchproduktion läßt sich grundsätzlich sowohl durch Preissenkungen als auch durch Mengenregulierungen drosseln. Beide Maßnahmen können auch kombiniert und in ihrer Wirkung durch zusätzliche Manipulationen verstärkt werden. Jede Manipulation hat jedoch Vor- und Nachteile, die möglichst vor entscheidenden Umstellungen abgewogen werden sollten.

6.1 *Freigabe oder Senkung des Milcherzeugerpreises*

Gegen eine Senkung des Milcherzeugerpreises wird vor allem eingewandt, daß sich hierdurch die Einkommenslage vieler bäuerlicher Familienbetriebe mit Milchkuhhaltung verschlechtern würde; zum anderen würden die Milcherzeuger auf eine Senkung der Milcherzeugerpreise nicht mit Produktionseinschränkungen, sondern „invers“ mit Produktionssteigerung reagieren, um den Einnahmeverlust wieder auszugleichen.

Der erste Einwand ist grundsätzlich anzuerkennen. Es bleibt aber offen, ob für die politische Zielsetzung der Einkommensaufbesserung die Subventionierung der Molke-erianlieferungen das richtige und wirksame Instrument ist:

Was brachten z. B. die Förderungszuschläge von Bund und Land in Höhe von 6 Pf je kg einem süddeutschen Familienbetrieb mit vier nicht unter Kontrolle stehenden Kühen mit einer dortigen jährlichen Durchschnittsleistung von 3200 kg? Wenn im Süden des Bundesgebietes durchschnittlich drei Viertel der Milchproduktion an die Molkereien geliefert werden, hätte dieser Betrieb mit einer Jahresproduktion von 12 800 kg Milch für rd. 9500 kg Milchablieferung im Jahr 570,- DM an Subvention erhalten. Hier bleibt die Frage, ob diese Zuwendung als „echte“ Sozialleistung der Allgemeinheit nicht billiger gekommen wäre als die Sozialpolitik über den Milchpreis mit den zusätzlichen nachteiligen Rückwirkungen auf das Milchangebot.

Nicht zuzustimmen ist jedoch dem Einwand der „inversen“ Reaktion der Milcherzeuger, wie ihn z. B. BAUKNECHT [6] in der Agrardebatte des Deutschen Bundestages am 25. 6. 1968 vorbrachte: „... wenn man diese Überschusssituation bewältigen will, halte ich es für das untauglichste Mittel, wenn man etwa den Versuch macht, wie es teilweise auch von Wissenschaftlern vorgeschlagen wurde, die Preise einfach zu senken. Was würde dabei entstehen? Die Betroffenen würden versuchen, das, was sie am einzelnen Stück verlieren, eben über eine höhere Produktionsmenge wieder hereinzubekommen.“ Realistischer beurteilt die ZMP [56] die Auswirkungen einer *Milchpreis*-senkung: „Wegen der bekannten ‚inversen Reaktion‘ auf Preissenkungen ist zwar des-

halb kurzfristig sogar eine Stimulierung der Produktion möglich, auf längere Sicht wird aber eine Einschränkung des Kuhbestandes nicht ausbleiben.“

Die Wirkung der „inversen“ Reaktion sei an dem Verhalten des vorher genannten süddeutschen Familienbetriebes mit vier Kühen weiter verfolgt. Das Einstellen einer fünften Kuh mit auch nur 3200 kg Jahresleistung dürfte dem Betrieb bei einer Preissenkung kaum helfen. Eine echte Rationalisierung durch Steigerung der Milchleistung der vier Kühe auf den Durchschnitt der süddeutschen Kontrollkühe von 3800 kg, also um 600 kg je Kuh bzw. 2400 kg je Betrieb, brächte dem Betrieb allerdings Vorteile. Eine Gesamtablieferung von knapp 12 000 kg bringt dann nämlich bei einem nicht-subventionierten Auszahlungspreis von 34 Pf je kg 4050,- DM, d. h. 250,- DM mehr als früher die 9500 kg bei einem Preis von 40 Pf, jedoch einschließlich 6 Pf Subvention. Zusammen mit der durch diese Leistungssteigerung erzielten Kostensenkung von $2\frac{1}{2}$ bis 3 Pf je kg [2, S. 67], bei knapp 12 000 kg also etwa 320,- DM, blieben ihm gleichfalls die 570,- DM, die er vorher als Subvention erhalten hatte. Diese Rechnung besagt aber, daß dieser Betrieb in der Subventionszeit auf Rationalisierungsmöglichkeiten und dadurch zu erzielende Mehrerlöse verzichtet hatte und sich erst unter dem Druck rückläufiger Preise dazu entschloß. Wer daher für die deutschen Milcherzeuger allgemein „inverses Reagieren“ annimmt, stellt ihnen ein schlechtes Zeugnis aus, das die überwiegende Mehrzahl der deutschen Bauern und Landwirte sicherlich nicht verdient. Daß ein kleiner Teil der Milcherzeuger „invers“ reagiert, ist allerdings zu erwarten.

Die immer wiederkehrende Behauptung, daß die Agrarproduktion bei zurückgehenden Agrarpreisen ausgedehnt würde, beruht weitgehend auf Fehldeutungen von Beobachtungen, die die komplexen Zusammenhänge nicht vollständig erfaßt hatten. Hierauf haben vor allem MASSANTE [24] und SCHMITT [43] hingewiesen. Aufschlußreich sind die Ausführungen von REHWINKEL [37] im Herbst 1968 zur Milchsituation: „... So wenig heute die meisten Landwirte gewillt sind, ihre Milchviehhaltung aufzugeben, so sehr könnten gleich Hunderttausende dazu bereit sein, wenn durch törichte Maßnahmen der Erzeugermilchpreis wesentlich herunter manipuliert wird, ... daß die Steuerung der Milchproduktion über Preissenkungen sehr schnell zu so großen Produktionseinschränkungen führen kann, so daß der Bedarf auch nicht annähernd mehr gedeckt werden kann.“ Der Präsident des Deutschen Bauernverbandes argumentiert also nicht mit der „inversen“ Reaktion, sondern beschwört die Gefahr einer Milchverknappung bei wesentlichen Preissenkungen; er macht sich damit zum Kronzeugen, daß über Preissenkungen eine Drosselung der Milchproduktion möglich ist.

Entscheidend für die weitere Entwicklung der Milcherzeugung nach einer Preissenkung ist die Summe der verschiedensten, z. T. auch gegenläufigen Reaktionen der Produzenten (hier vor allem die strukturellen Umstellungen in der Milchkuhhaltung), aber auch Rückwirkungen bei Verarbeitern und Verbrauchern.

Beim Einpendeln eines neuen Gleichgewichtspreises an einem Markt, an dem es durch länger anhaltende wirtschaftspolitische Eingriffe zu Verzerrungen gekommen ist, spielen sich sehr komplexe Vorgänge ab. Hier seien zwei Beispiele aus dem nichtlandwirtschaftlichen Bereich genannt: die Freigabe der Eisen- und Stahlpreise 1952 nach dem Abflauen der Koreakrise [51] und der allmähliche Übergang von der Wohnungszwangswirtschaft zu einem freien Wohnungsmarkt in letzter Zeit. In beiden Fällen haben sich die Befürchtungen übermäßiger Preissteigerungen nicht bewahrheitet. Allerdings konnten die lange Zeit an subventionierte billige Mieten gewohnten Mieter nicht kurzfristig in die freie Mietpreisbildung entlassen werden; ebensowenig kann dem Milcherzeuger, dem über ein Jahrzehnt ein höherer subventionierter Milchpreis gewährt wurde, von heute auf morgen nur noch der niedrigere, am Markt zu erzielende Erlös ausgezahlt werden.

Die Mehrzahl der Milcherzeuger hat bei ihrer Betriebsorganisation das höhere Milchpreisniveau langfristig einkalkuliert, im Vertrauen darauf, daß an diesem Niveau aus

politischen Gründen nicht gerührt würde. Daher muß einerseits der Preis behutsam gesenkt werden, um für möglichst viele Milcherzeuger die Folgen ihrer „Fehldispositionen und Fehlinvestitionen“ zu mildern. Andererseits muß man sich an den späteren Gleichgewichtspreis, d. h. an den am Markt zu erzielenden Milcherlös, herantasten, weil dieser Preis nicht zu berechnen ist. Notwendig ist jedoch, daß die Milcherzeuger wissen, daß die Milchpreissenkung konsequent durchgeführt oder – besser gesagt, daß die Milchpreisstützung konsequent schrittweise abgebaut wird. Die Preissenkung ist vor allem dann zu befürworten, wenn gleichzeitig die allgemeine Strukturpolitik vorangetrieben wird, die die strukturellen Umstellungen in der Milchviehhaltung erleichtert, und wenn gleichzeitig die Sozialpolitik Härten mildert, von denen Milchproduzenten durch den Wegfall der bisherigen Subvention betroffen werden. Hier kann nur darauf hingewiesen werden, daß die Markt- und Preispolitik bei Milch nicht losgelöst von der Struktur- und Sozialpolitik betrachtet werden kann. Hierauf wird in anderen Beiträgen näher eingegangen. Diese Überlegungen gelten zunächst nur für das Bundesgebiet. Für den gesamten EWG-Raum ist mit zusätzlichen Schwierigkeiten zu rechnen, die abschließend erörtert werden sollen.

6.2 *Kontingentierung von Milcherzeugung oder -anlieferung*

Jede Kontingentierung [50, 54] ist mit erheblicher Verwaltungsarbeit und entsprechenden Kosten verknüpft; die Durchführung wird um so komplizierter, je mehr „Kontingenträger“ beteiligt sind. Aus technischen Gründen ist daher die Kontingentierung der Milcherzeugung praktisch nicht durchführbar. In dieser Hinsicht ließe sich die Milchlieferung schon eher kontingentieren. Hier besteht jedoch die Gefahr, daß Milcherzeuger Übermengen direkt vermarkten.

Die Erfahrungen der Zuckerrübenkontingentierung lassen sich nicht ohne weiteres auf die Milch übertragen, weil die Rüben keinen Markt außerhalb der Fabriken haben und Übermengen nur im Erzeugerbetrieb verfüttert werden könnten. Milch könnten jedoch viele Produzenten als Trinkmilch, Butter oder Speisequark auch unmittelbar an Verbraucher – unter Umständen sogar an Einzelhandelsgeschäfte – verkaufen.

Noch problematischer sind die langfristigen Auswirkungen einer Kontingentierung; denn die Wanderung der Milchproduktion in Betriebe mit optimalen Bestandsgrößen an produktionsgünstigeren Standorten wird aufgehalten. Diese bedenkliche Wirkung wäre vielleicht dadurch abzuschwächen, daß die Kontingente gehandelt werden dürften.

Kontingentierungen an noch späteren Stellen des Absatzweges, z. B. Butterverkaufsrechte der Molkereien, wären noch schwieriger durchzusetzen, weil die Umgehungsmöglichkeiten immer günstiger werden.

Kontingentierungen der Milchlieferung, vor allem in Verbindung mit einer Preisgarantie oder Subvention für diese Mengen, wären daher nur als Übergangsmaßnahme zu empfehlen; diese „Notbremse“ könnte erstmal den Milchstrom eindämmen, damit die strukturellen Umstellungen der Milchproduktion leichter in Gang kommen.

6.3 *Sonstige Maßnahmen zur Drosselung der Milchproduktion*

Da eine Senkung des Milcherzeugerpreises nur in Verbindung mit strukturellen Umstellungen in der Milchviehhaltung tragbar ist, können alle Maßnahmen der Strukturpolitik, die hier nicht näher behandelt werden sollen, auch der Entspannung am Milchmarkt dienen.

Als spezielle strukturelle Maßnahme in der Milchkuhhaltung kämen u. U. Zuschüsse bei der Aufgabe dieses Betriebszweiges in Betracht, wie sie z. B. vom BML zur Diskussion gestellt wurden. Dabei ist es für die Zielsetzung nicht entscheidend, ob diese

„Abwrackprämie“ – nach BML 1000,- DM je Kuh, höchstens 5000,- DM je Betrieb – aus einer „Milchabgabe“ oder aus anderen Quellen, d. h. aus Steuermitteln, finanziert wird. Die „Milchabgabe“ entlastete den Bundeshaushalt; sie sollte in Höhe von 20,- DM je Betrieb und Monat von allen Betrieben erhoben werden, die Milch an Molkereien liefern [30, S. 19]. Eine Prämie für die Abschaffung von Milchkühen könnte sich vielleicht in Nebenerwerbsbetrieben besonders schnell auswirken, weil in diesen Betrieben – nach der Untersuchung von SCHALL [41] in Bayern – überhaupt nur geringe Neigung besteht, die Milchkuhhaltung beizubehalten. Wenn die Prämie nur für einen kürzeren Zeitraum gewährt wird, könnte die verstärkte Abschachtung der Kühe auch zu einem Preisdruck am Schlachtrindermarkt führen.

Härten bei einer Milchpreissenkung könnten durch direkte Einkommensübertragungen gemildert werden [30, S. 9 und 16]. Diese sollten jedoch dem Umfang und der Zeit nach begrenzt werden, damit die notwendigen strukturellen und regionalen Veränderungen in der Milchkuhhaltung nicht beeinträchtigt werden.

Da zweifellos die zunehmende Verfütterung von Ölkuchen zu dem Anstieg der Milchproduktion wesentlich beiträgt (vgl. Tabelle 4), erscheint es zunächst bestechend, die Ölkuchenverfütterung an Milchkühe zu drosseln, und zwar durch Verknappung oder Verteuerung. Dagegen sprechen zwei Gründe:

- Höhere Milcherträge je Kuh können nur mit Zufütterung von Kraftfutter erreicht werden, und eine Verteuerung des Ölkuchens würde die Kosten der Milchproduktion erhöhen. Dabei ist es gerade notwendig, die Milchproduktion zu rationalisieren, d. h. zu verbilligen, um dem Preisdruck am Milchmarkt leichter begegnen zu können.
- Zum anderen hat der Ölkuchenpreis seinen bestimmten Stand im Preisgefüge sämtlicher Futtermittel. Eine einseitige Verteuerung des Ölkuchens hätte daher Rückwirkungen auf die gesamte Veredelungsproduktion.

Die Verbesserung der Molkereistruktur läuft schon seit Jahren. Die Zahl der Molkereien hat von 3400 im Jahre 1950 über 3153 im Jahre 1955 auf rd. 2200 im Jahre 1965 abgenommen. Die bearbeitete Jahresmilchmenge je Betrieb stieg von durchschnittlich 4 Millionen kg 1955 auf 8,4 Millionen kg 1965. So wichtig diese Entwicklung für die Rationalisierung und Kostensenkung der Verarbeitung und des Absatzes (aktive Verkaufspolitik) ist, für die Drosselung des Milchangebotes ist hierdurch nichts zu erwarten.

Auf ein Einzelproblem der Molkereiwirtschaft sei noch hingewiesen: die Milchanfuhr zu den Molkereien. Während sonst von landwirtschaftlicher Seite oft „kostendeckende“ Preise gefordert werden, ist nichts davon zu hören, daß die höheren Sammel- und Transportkosten bei kleinen Milchmengen je Erzeuger auch von diesem selbst getragen werden sollten. Auch diese „soziale“ Ausgleichsmaßnahme kann manchen Kleinbetrieb mit 1 oder 2 Kühen in Verbindung mit der gesamten bisherigen Milchpreispolitik dazu veranlassen, seine Kuhhaltung länger beizubehalten.

6.4 Gesichtspunkte zur Drosselung der Milchproduktion im EWG-Raum

Während im EWG-Raum Mitte 1967 einheitliche Getreidepreise eingeführt und die deutschen Getreidepreise dabei gesenkt wurden, hatte man, den einheitlichen Richtpreis für Milch 1968/69 etwa auf dem Niveau des deutschen Milcherzeugerpreises (einschließlich Subvention) fixiert. Da sich die Senkung des Getreidepreises in der Bundesrepublik Deutschland auch bei den Preisen der Veredelungsprodukte auf Getreidebasis auswirkte, hob sich der deutsche Milchzahlungspreis aus dem Agrarpreisgefüge heraus.

Für die EWG-Betrachtung liegt der Schlüssel vor allem in der ganz anderen Situation in Frankreich; von den Niederlanden, Belgien-Luxemburg und Italien sind dagegen keine zusätzlichen extremen Entwicklungen zu erwarten. Während Frankreich bei Getreide, vor allem bei Weichweizen, nur noch eine kleine Preisheraufsetzung im Zuge der

Preisvereinheitlichung Mitte 1967 erlebte, liegt der gemeinsame Richtpreis für Milch wesentlich höher als der frühere französische nationale Richtpreis (vgl. Tabelle 12). Daß dieses Herausheben der Milchpreise aus dem Agrarpreisgefüge und vor allem die damit verbundene kräftige Erhöhung des französischen Milchpreises die Milchproduktion in Frankreich anregt, kann wohl unterstellt werden.

Wichtiger als eine Diskussion über das Ausmaß der zu erwartenden Produktionssteigerungen im Bundesgebiet und in Frankreich ist jedoch die Frage, wie die französischen und deutschen Milcherzeuger auf eine Senkung des gemeinsamen Milchpreises reagieren würden. Die größte Gefahr für die deutsche Milchwirtschaft dürfte darin liegen, daß sie Produktions- und Marktanteile an die französische Landwirtschaft verliert.

Hier drängt sich das Beispiel der Zuckerwirtschaft auf mit den schließlich erfolgreichen deutschen Bestrebungen nach nationalen Produktionszielen, die die Abwanderung deutscher Produktionsanteile bei Zucker vor allem nach Frankreich verhindern sollen. Den nachhaltigsten Erfolg können für das Bundesgebiet die nur bis 1975 geltenden Produktionsziele für Zucker haben, wenn diese Übergangszeit im Zuge der Strukturmaßnahmen auch für notwendige Verlagerungen des Zuckerrübenbaues zu den günstigsten Standorten innerhalb des Bundesgebietes genutzt wird, die auch bei einem niedrigeren Rübenpreis mit dem französischen Rübenbau konkurrieren können.

Gerade bei dem Rückstand der Strukturbereinigungen in der deutschen Milchkuhhaltung und -produktion müssen unter Umständen bei sinkenden Milcherzeugerpreisen künftig mehr deutsche Produktionskapazitäten aufgegeben werden als andere Betriebe durch Aufstockung zu optimalen Beständen beanspruchen. Solche Lücken könnte die französische Landwirtschaft gegebenenfalls leicht ausfüllen, weil sie auch bisher schon bei niedrigeren, wenn auch anziehenden Milchpreisen ihre Milchproduktion kräftig ausweitete hat. Überspitzt gesagt: Es wäre möglich, daß die deutsche Milchproduktion bei einem niedrigeren Milchpreis zurückginge, während die französische Milchwirtschaft bei dem gleichen Preis ihre Produktion hielte oder sogar noch ausweitete.

7 Schlußbemerkung

Die Markt- und Preispolitik auf dem Milchsektor war in der Bundesrepublik Deutschland in ihren wirtschaftlichen Auswirkungen während der letzten 15 Jahre immer schwerer zu übersehen, weil das gesamte Preisstützungs- und Ausgleichssystem immer komplizierter wurde. Durch das starre Festhalten an der Milchmarktordnung und der Preisstützung haben sich viele Probleme verschärft. Vieles, was heute schon getan wird oder erst noch getan werden muß, hätte früher mehr Nutzen gestiftet.

Dies gilt auf der Produktionsseite für strukturelle und regionale Wandlungen der Milchkuhhaltung, auf der Verbrauchsseite für nicht wahrgenommene Absatzchancen. Dabei dürfen dem einzelnen Betrieb – seien es Milcherzeuger oder Molkereien – nicht einmal Vorwürfe gemacht werden; denn der einzelne Betrieb hat in der Regel bei den gegebenen wirtschaftlichen Fakten – insbesondere bei den staatlichen Preissetzungen und sonstigen Regelungen – aus kaufmännischer, betrieblicher Sicht zweckmäßig gehandelt. Die Verantwortung dafür, daß die Summe einzelbetrieblich richtiger Handlungen von vielen Betrieben volkswirtschaftlich zu Schwierigkeiten geführt hat, trifft diejenigen, die die wirtschaftlichen Signale so gestellt hatten. Zweifellos haben in den vergangenen Jahren viele Milcherzeuger und Molkereileiter schon weitsichtiger gehandelt, manchmal vielleicht sogar kurzfristig zu ihrem Nachteil.

So kann z. B. die Pflichtintervention bei Butter im Rahmen der EWG-Marktordnung Molkereien dazu verführen, in erster Linie für die Intervention zu produzieren und sich nicht um einen Kundenstamm für ihre Butterproduktion zu bemühen. Wenn im

TABELLE 15 Zur Entwicklung der Butterpreise in der Bundesrepublik Deutschland 1967 und 1968 (DM/100 kg)

| Jahr Monat | Notierung Köln ¹⁾ | Interventionspreis | |
|---------------------------|---------------------------------|---------------------|----------|
| | | ohne | einschl. |
| | | Verpackungszuschlag | |
| 1967 | 683—685 | 680 | 684 |
| 1968 Januar ²⁾ | 670—674 | 668 | 672 |
| Februar | 669—674 | 668 | 672 |
| März | 665—671 | 668 | 672 |
| April | 660—670 | 668 | 672 |
| Mai | 659—666 | 668 | 672 |
| Juni | 657—663 | 668 | 672 |
| Juli | 657—663 | 668 | 672 |
| August | 658—663 | 670 ³⁾ | . |
| September | 664—668 | 670 | . |
| Oktober | 668—670 | 670 | . |
| November | 669—670 | 670 | . |
| Dezember | 669—670 | 670 | . |

¹⁾ Frei Station des Großhandels. — ²⁾ Ab Januar Nettopreise, d. h. ohne Mehrwertsteuer. —
³⁾ Ab 30. 7. 1968.

ersten Halbjahr 1968 die Kölner Butternotierungen unter den Interventionspreis abgesunken sind (vgl. Tabelle 15), so könnte man dies mit den als unerwünscht bezeichneten Preisunterbietungen schlechthin erklären [10]; wahrscheinlicher dürfte eine steigende Zahl von Molkereien nicht mehr an die Realisierbarkeit der Interventionspolitik auf lange Sicht glauben und daher heute lieber gewisse Preiseinbußen in Kauf genommen haben, um sich einen Marktanteil für ihre Butterproduktion zu sichern. Entsprechend wäre die Annäherung der Notierungen an den Interventionspreis als Wiederkehr des Vertrauens zu deuten, das die bisherige Interventionspolitik beibehalten wird. Da die Pflichtintervention jetzt auch auf Magermilchpulver erweitert worden ist, ist neben dem weiteren Anwachsen der Butterbestände auch noch mit der Bildung von Überhangsbeständen bei Magermilchpulver zu rechnen. Je länger die bisherige Politik am Milchmarkt mit steigenden Überschüssen und wachsenden Interventionsbeständen bei steigenden Kosten weitergeführt wird, desto schwieriger wird es, Produktion und Verbrauch aufeinander abzustimmen; eine spätere Lösung wird vor allem die Milcherzeuger um so härter treffen.

Literatur

1. ARNIM, V. von: Die Marktregulierung für Milch und Molkereiprodukte in Belgien. Kiel 1958
2. BERGMANN, H.: Milcherzeugung, Kosten und Kostensenkung. Hildesheim 1955
3. BÖCKENHOFF, E.: Untersuchung über die wirtschaftliche Bedeutung und die Selektionswürdigkeit verschiedener Leistungsmerkmale beim Rind. 1. Mitteilung — Marktwirtschaftliche Aspekte der Erzeugung von Milcheiweiß und Milchlaktose. Züchtungskunde 40 (1968), H. 1, 6—17
4. BRANDT, K.: Der heutige Stand der Berliner Milchversorgung. (Arbeiten der Studiengesellschaft für die Milchversorgung Berlins, H. 2.) Berlin 1928

5. Deutscher Bundestag. 1. Wahlperiode 1949, Drucksache Nr. 2165 und 2220. — Vgl. auch: Deutsche Bauern-Korrespondenz, 4 (1951), Nr. 4, 1, 4 und 8
6. Deutscher Bundestag. Sitzung am 25. Juni 1968, S. 7 C. (Wiedergabe des amtlichen Protokolls in Agra Europe, Nr. 28 vom 2. Juli 1968)
7. Ergebnisse der Milchleistungsprüfungen — Kontrolljahr 1967 — Stand der Rinderzucht und Besamung. Hrsg. vom AID in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Rinderzüchter e. V. Hilstrup 1968
8. ESCHÉ, E. und M. DREWS: Der Europäische Milchmarkt. Hamburg und Berlin 1963
9. Europäische Wirtschaftsgemeinschaft: Der gemeinsame Markt für landwirtschaftliche Erzeugnisse. Vorausschau 1970. (Studien. Reihe Landwirtschaft, 10.) Brüssel 1963
10. FIKENTSCHER, W.: Preisunterbietungen bei Milch und Butter. Rechtsgutachten erstattet im Auftrage des Verbandes der Deutschen Milchwirtschaft e. V. Hildesheim 1962
11. GOLLNICK, H.: Demand structure and inventories on the butter market. *Econometrica* 25 (1957), 393—422
12. Ders.: Langfristige Tendenzen der Butternachfrage. *Agrarwirtschaft* 3 (1954), 329—335
13. GÜNTHER, H.-E.: Die Marktregulierung für Milch und Molkereiprodukte in Westeuropa (Kieler Studien, 53). Kiel 1960
14. HESSE, M.: Die Elastizität der mengenmäßigen Nachfrage nach Milch und Milcherzeugnissen in der Bundesrepublik Deutschland (Agrarwirtschaft, Sh. 24). Hannover 1967
15. HILKER, R.: Der Käsemarkt in der Bundesrepublik Deutschland (Agrarpolitik und Marktwesen, H. 8). Hamburg und Berlin 1967
16. Institut für landwirtschaftliche Marktforschung: Landwirtschaft und Markt (Agrarwirtschaft, Sh. 1). 2. Aufl. Hannover 1959
17. Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung: Long-Term Development of Demand and Supply for Agricultural Products in the Federal Republic of Germany (Studien zur Agrarwirtschaft, H. 1). München 1967
18. JUNG, G. und P.-G. SCHULZ: Die neue Ausgleichsregelung in der Milchwirtschaft nach § 12 des Milch- und Fettgesetzes. Hildesheim 1963
19. KIEFER, A.: Zum Problem der Milchmarktordnung in Westdeutschland (Eine Entgegnung). *Molkerei- und Käse-Zeitung* 7 (1956), 854—856 und 887—889
20. Kollegium der Bundesversuchs- und Forschungsanstalt für Milchwirtschaft in Kiel: Möglichkeiten zu einer Rationalisierung der Milchwirtschaft. *Kieler Milchwirtschaftliche Forschungsberichte* 6 (1954), 461—497
21. Kollegium der Bundesanstalt für Milchwirtschaft in Kiel: Vorschläge und Maßnahmen zur Verminderung der Milchüberschüsse. *Kieler Milchwirtschaftliche Forschungsberichte* 19 (1967), 1—47
22. KORTH, S.: Milchmarktordnung und Trinkmilchabsatz. Untersuchungen über die Angebots- und Absatzlage von Trinkmilchmolkereien und Vorschläge zu ihrer Neuordnung (Agrarwirtschaft, Sh. 5). Hannover 1958
23. Leitsätze des Raiffeisenverbandes zur Zentralisierung der genossenschaftlichen Selbsthilfe in der Milchwirtschaft. *Milch - Fettwaren - Eierhandel* 12 (1960), 418, 435, 438 und 608
24. MASSANTE, W.: Inverse Produktionsanpassung der Landwirtschaft? *Landbauforschung Völkenrode* 10 (1960), 21—27
25. METZDORF, H.-J.: Absatzentwicklung und Absatzaussichten für Milch und Molkereiprodukte im Bundesgebiet. *Landbauforschung Völkenrode* 7 (1957), H. 3, 59—65
26. Ders.: Bestimmungsgründe des Trinkmilchverbrauchs — Möglichkeiten der Verbrauchsförderung (Hefte für landwirtschaftliche Marktforschung, H. 5). Hamburg u. Berlin 1951
27. Ders.: Der deutsche Buttermarkt. *Agrarwirtschaft* 1 (1952), 67—73 und 244—246
28. Ders.: Der Markt für Milch und Fette. *Agrarwirtschaft* 16 (1967), 405
29. Ders.: Marktstruktur und Preisbildung bei Nahrungsfetten in der Bundesrepublik Deutschland (Forschungsgesellschaft für Agrarpolitik u. Agrarsoziologie e. V. Bonn, 169). Bonn 1966
30. Möglichkeiten für die Anpassung der Milcherzeugung an die Bedarfsentwicklung. Hrsg. vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (Landwirtschaft — Angewandte Wissenschaft Nr. 131). Hilstrup i. W. 1967
31. Monographien deutscher Trinkmilchmärkte. Kempten 1957

32. MÜLLER, G.: Die voraussichtlichen Entwicklungstendenzen der Rindviehhaltung der Bundesrepublik Deutschland. Teil I: Entwicklung der Milcherzeugung. *Agrarwirtschaft* 17 (1968), 129—135
33. NEITZKE, A.: Institut für Betriebswirtschaft und Marktforschung. In: 90 Jahre Milchforschung in Kiel 1877—1967. Hrsg. vom Kollegium der Bundesanstalt für Milchforschung Kiel, S. 143—155. Hildesheim 1967
34. PLATE, R.: Subventionen von landwirtschaftlichen Erzeugnissen. *Z. f. d. ges. Staatswissenschaft* 122 (1966), 715—719
35. PLATE, R. und S. KORTH: Grundlagen des westdeutschen Trinkmilchmarktes. *Agrarwirtschaft* 4 (1955), 233—248
36. Probleme der Milchverwertung. *Wochenbericht des Instituts für Konjunkturforschung* 10 (1937), 185—189
37. REHWINKEL, E.: Zur Lage der westdeutschen Landwirtschaft (Agrarpolitische Schriftenreihe). September 1968
38. Richtlinien für die Aufbringung und Verwendung des Milchförderungsfonds. *Deutsche Bauern-Korrespondenz* 8 (1955), Nr. 4, 6
39. RÖCKEISEN, A.: Der Markt für Milchpulver in der Bundesrepublik Deutschland (Forschungsgesellschaft für Agrarpolitik und Agrarsoziologie e. V. Bonn, 193). Bonn 1968
40. RUF, R.: Hohe Schlachtrinderpreise verhindern nicht den Butterberg. *Ifo-Schnelldienst* 1967, Nr. 48, 4—8
41. SCHALL, S.: Regionale Entwicklungstendenzen der Milchviehhaltung in Bayern und ihre Ursachen. *Der Tierzüchter* 20 (1968), 290—293
42. SCHELHAAS, H.: Die niederländischen Marktregulierungen für Milch und Molkereiprodukte. *ZMP*, Bonn 1958
43. SCHMITT, G.: Deutung und Beeinflussung des landwirtschaftlichen Marktgeschehens durch die Wirtschaftswissenschaften. *Agrarwirtschaft* 13 (1964), 162—170
44. SCHNEIDER, M.: Aktuelle Probleme der österreichischen Milchwirtschaft. *Monatsberichte. Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung* 40 (1968), 399—415
45. SCHOLZ, H.: Langfristige Entwicklung der Milchleistung je Kuh. *Berichte über Landwirtschaft*, N. F. 44 (1966), 259—269
46. STAMER, H.: Marktwirtschaftliche Überlegungen zum Problem: Milch- oder Fettmenge? *Agrarwirtschaft* 15 (1966), 255—259
47. Ders.: Milchmenge, Fettmenge oder Fettgehalt? *Agrarwirtschaft* 17 (1968), 261—268
48. Tätigkeitsbericht des Bundeskartellamtes 1961 (Deutscher Bundestag, 4. Wahlperiode, Drucksache IV/378).
49. TEICHMANN, U.: Zum Problem der Milchmarktordnung in Westdeutschland. *Mitteilungen des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften* 9 (1956), 15—20
50. TRAUlsen, S.: Die Überproduktion als agrarpolitisches Problem. Erfahrungen mit Möglichkeiten restriktiver Erzeugungsregulierungen (Agrarpolitik und Marktwesen, H. 9). Hamburg und Berlin 1967
51. UTERMANN, W.: Freier Eisenpreis als Rechenaufgabe. *Mitteilungen des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung Essen* 3 (1952), 94—101
52. Vorschläge zur Milchpreispolitik. Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten; abgeschlossen am 5. 1. 1968 (Landwirtschaft — Angewandte Wissenschaft Nr. 132). Hilstrup i. W. 1968
53. WAGNER, F.: Die Marktregulierung für Milch und Molkereiprodukte in Schweden. Kiel 1957
54. WEINSCHENCK, G. und G. SCHMITT: Die Beschränkung des landwirtschaftlichen Angebots durch Verwaltungsmaßnahmen (EWG-Kommission — Hausmitteilungen über Landwirtschaft, 9). Brüssel 1966
55. WILBRANDT, H.: Die Regulierung des Milchmarktes in der Schweiz. Werden, Wesen, Problematik einer Agrarvalorisation (Kieler Studien, 40). Kiel 1956
56. ZMP: Die Agrarmärkte 1967 BR Deutschland, EWG und Weltmarkt. Milch und Milcherzeugnisse, S. XXI. Bad Godesberg 1968